Nr. 2. 17. Jahrg.

Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 80 ₰.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 14. Januar 1899.

Inserate die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 ₰
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Von den Kartellen. — Feuilleton: Der Streik. — Zur Arbeitslosenunterstützung. — Zum Ausbau des Verbandes. — Zur Generalversammlung (Arbeitslosenunterstützung und Anderes). — Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Hannover. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Quittung über die im Dezember 1898 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Nordwestdeutscher Agitationsbezirk. — Zur Beachtung der Delegirten der hessischen ꝛc. Konferenz. — Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Bekanntmachung des Vorstandes. — Rundschau. — Technisches. — Vermischtes. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von Formern nach **Bielefeld** (Temperformer, Firma Wilh. Kramer) Str., nach **Döbeln** (Maschinenfabrik F. Haase) Str.;

von Feilenhauern ꝛc. nach **Ansbach** (Aug. Plößl), nach **Frankenthal, Speyer, Mannheim** und **Ludwigshafen** L., nach **Halle a. S.** (Ammendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St.;

von Klempnern nach **Düsseldorf** (Springorum);

von Drehern und Hoblern nach **Crefeld** (Schrör) Str.;

von Brillen- und Pincenezarbeitern nach **Rathenow** (H. Henne) D.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Von den Kartellen.

Mit Riesenschritten vollzieht sich auf wirthschaftlichem Gebiete die Kapitalskonzentration. Die einzelnen Kapitalisten schließen sich zu Aktiengesellschaften und diese wieder zu Konventionen, Kartellen oder Trusts zusammen oder es nehmen, wie es besonders in Amerika geschieht, die Letzteren selbst die Form von Aktiengesellschaften an, die als Riesenunternehmungen monopolistisch den Markt beherrschen. Der Leipziger Professor Dr. Bücher hat das Wesen des Kartells dadurch charakterisirt, daß er als Kartell „jede vertragsmäßige Vereinigung von selbstständigen Unternehmern, welche den Zweck verfolgt, durch dauernde monopolistische Beherrschung des Marktes den höchstmöglichen Kapitalprofit zu erzielen", bezeichnet. In Amerika sind die Kartelle oder Trusts auch durch die Gesetzgebung der Union sowie mehrerer Bundesstaaten, welche sie verbietet, gekennzeichnet. So erklärt das Bundesgesetz vom 2. Juli 1890 als ungesetzlich: 1. Jeden Vertrag, sei es eine Kombination in der Form von Trusts oder sonstwie oder irgend eine Konspiration, welche Handel und Gewerbe zwischen den einzelnen Staaten oder mit ausländischen Nationen beschränkt; 2. jeden Versuch, irgend einen Handels- oder Gewerbezweig zu monopolisiren; 3. jeden Vertrag oder jede Kombination in Form eines Trusts oder sonstwie oder jede Konspiration gegen die Handels- und Gewerbefreiheit im Distrikt von Kolumbia und in den Territorien. — Die Verletzung dieser Vorschrift wird mit Buße und Gefängniß bestraft, außerdem soll das bei solchen Verträgen engagirte Vermögen verwirkt werden und an die Vereinigten Staaten von Amerika fallen. Zivilrechtlich gibt das Gesetz Jedem, welcher durch einen solchen verbotenen Vertrag in seinem Geschäfte oder in seinem Vermögen Schaden leidet, das Recht zur Klage und dreifachem Ersatz für den erlittenen Schaden.

Im Staate Missouri wird nicht nur jeder Theilnehmer an einem Trust mit 2000 bis 20,000 ℳ und mit Gefängniß bis zu einem Jahre bestraft, es ist auch der Käufer eines Artikels, welcher von einem Individuum, einer Gesellschaft oder Korporation, deren Industriebetrieb den Gesetzesbestimmungen gegen die Trusts zuwiderläuft, herrührt, zur Zahlung desselben nicht verpflichtet, er kann sich gegen jeden Zahlungsanspruch unter Berufung auf dieses Gesetz wirksam vertheidigen. Noch strenger ist das Gesetz des Staates Texas, in welchem sich folgende Bestimmung befindet: Jede Person, welche bei einem Trust betheiligt ist oder ihren Rath in den Kommissionssitzungen eines solchen Syndikats gegeben hat oder jeder Chef, Geschäftsführer, Direktor, Bevollmächtigter, Angestellter oder jede andere Person, welche wissentlich eine solche Stipulation (Vereinbarung), ein Projekt oder einen Befehl eines solchen Syndikats ausführen hilft, wird mit einer Geldbuße von mindestens 500 und nicht über 5000 Dollars und mit Zuchthaus nicht unter einem Jahre und nicht über 10 Jahre bestraft. Jeder Tag, während dessen Dauer die Verletzung des Gesetzes fortbesteht, begründet ein besonderes Vergehen. Jeder mit diesem Gesetz in Widerspruch stehende Vertrag ist absolut nichtig und ohne gesetzliche Wirkung.

In Europa besteht noch kein Gesetz über die Kartelle, dagegen liegt in Oesterreich seit etwa anderthalb Jahren ein bezüglicher Gesetzentwurf vor. Nach demselben unterstehen die Kartelle der Staatsaufsicht und gibt der erste Paragraph davon folgende Begriffsbestimmung: „Verbinden sich selbstständige Unternehmer zu dem Zwecke, um durch solidarisches Vorgehen, insbesondere durch einverständliche Beschränkung oder Beseitigung des freien Wettbewerbes auf die Produktions-, Preis- oder Absatzverhältnisse solcher Verbrauchsgegenstände bestimmend einzuwirken, die, wie Zucker, Branntwein, Bier, Mineralöl (Petroleum), Salz, einer mit der industriellen Produktion in enger Verbindung stehenden indirekten Abgabe unterliegen, so sind solche Unternehmerverbände (Kartelle) der Staatsaufsicht nach diesem Gesetze unterworfen." Die Aufsicht übt das Finanzministerium aus. Ihm müssen die Statuten, Verträge, Beschlüsse in beglaubigter Abschrift eingereicht werden, die dann in das Kartellregister kommen und ferner alljährlich in den hiefür bestimmten Zeitungen veröffentlicht werden. Das Finanzministerium kann die Ausführung der Kartellbeschlüsse, die eine Festsetzung der Preise, die Produktionsmengen, die Einkaufs- oder Absatzverhältnisse zum Zwecke haben, **untersagen**, wenn sie geeignet sind, in einer durch die objektive wirthschaftliche Sachlage des betreffenden Industriezweiges (namentlich durch die jeweilig für die Preisbildung und die Konkurrenzverhältnisse oder sonst für die Konjunktur maßgebenden Umstände) nicht begründeten und das Erträgniß der im § 1 begriffenen Abgaben oder die Steuer- oder Konsumtionskraft der Bevölkerung offenbar schädigenden Weise die Preise einer Waare oder Leistung zum Nachtheile der Abnehmer oder Besteller zu steigern oder zum Nachtheile der Erzeuger oder Leistenden herabzudrücken. Ebenso kann der Bestand eines Kartells selbst, sowie die Abänderung eines Kartellstatuts untersagt werden, wenn das Kartell einen der im vorigen Absatze bezeichneten Zwecke verfolgt. Das Finanzministerium kann der Leitung eines Kartells jederzeit die Leistung einer **Kaution** bis zum Betrage von 200,000 Gulden auferlegen. Das Gesetz sieht Geldstrafen bis zu 10,000 Gulden und außerdem noch Gefängnißstrafen vor.

Wann dieser österreichische Gesetzentwurf Rechtskraft erlangen wird oder ob es überhaupt dazu kommt, weiß bei der herrschenden politischen Anarchie wohl in Oesterreich selbst kein Mensch zu sagen. Uebrigens zeigt die Erfahrung in den Vereinigten Staaten, daß die Gesetzgebung die Entwicklung der Kartelle und ihre gegenüber den Konsumenten vielfach gemeinschädliche Wirksamkeit nicht zu hemmen vermag. Trotz des Bundesgesetzes und der verschiedenen einzelstaatlichen Gesetze gegen die Kartelle sind sie heute dennoch nirgends zahlreicher und mächtiger als gerade in Amerika. Nach einer jüngst von der „Newyorker Volksztg." veröffentlichten Zusammenstellung beträgt das in 71 größeren und größten Kartellen angelegte Kapital nicht weniger als 2,702,768,900 Dollars (= rund 11 Milliarden Mark). Das größte Kartell ist die vor einigen Wochen in New-Jersey neugegründete große Federal Steel Cie. (Vereinigte Stahl-Kompagnie) mit einem Kapital von 800 Millionen Mark, sodann folgen der Mehltrust mit 150 Millionen Dollars, die Vereinigte Staaten-Leder-Vereinigung mit 125, Kontinental Kautabak Co. 75, Bisquit-Vereinigung 55, Maisstengel-Trust 50, Mais-Trust 50, Westliche Bauholz Pool 45, Kautschuk-Vereinigung 40, Fleischversandt-Kombination 50, Kupferblech-Kartell 40, Tabak-Co. 33½, Papier- und Zellulose-Kartell 45, Säuren- und Chemikalien-Kartell 50, Malz 30, Silberwaaren 30, Blei 30, Gestrickte Waaren 30, Thür- und Fensterrahmen 20, Tapeten 20, Zigaretten 25, Schreibmaschinen 18, Fensterglas 18, Särge und Beerdigungswesen 15, Irdene Waaren 15, Schmelzereien 25, Seidenband 18, Gummigewebe 12, Aexte und Beile 15, Schrauben 15, Lithographie 11½, Seidenpapier 10, Seile und Bindfaden 12, Zelluloid 8, Salz 5, Sägen 5, Nähgarn 12, Möbel 12, Viehstallungen und Lagerplätze 13, Zündhölzer 11, Eis 10, Glasplatten und Spiegel 10, Gewehrpatronen 10, Stärke 10½, Fische 10, Linotypen 10, Kühlapparate 8, Glühlicht (Gas) 7, Pappdeckel 6⁶/₁₀, Luftbremsen 5; außerdem verschiedene kleinere Kartelle mit 2 bis 5 Millionen Dollars Kapital, welche sich mit der Fabrikation oder Bearbeitung von Briefkouverts, Hufnägeln, Marmor, Reis, Sodawasser, Nägelstiften, Druckertypen usw. beschäftigen.

Insgesammt verfügen 62 derartige Einzelkartelle über die Kapitalsumme von 1334¼ Millionen Doll. Mit anderen großen Kartellen zusammengestellt, ergibt sich folgende Uebersicht: Die Kartelle in

Oel	153	Million Doll.
Eisen und Stahl . . .	347⅔	„ „
Kohlen	161¾	„ „
Leuchtgas	432¾	„ „
Havemeyer's Zuckertrust .	115	„ „
Tabak und Zigaretten .	108½	„ „
Telephon	56¾	„ „
Spirituosen	67³/₁₀	„ „
elektrischen Einrichtungen .	139⅓	„ „
den sonstigen verschiedenen Industrien	1334¼	„ „

Von den Stahl- und Eisentrusts ist der bedeutendste die kürzlich in New-Jersey gegründete Vereinigte Stahlkompagnie. Ihr Charakter gestattet ihr, schreibt darüber die „Newyorker Volksztg.", Bergbau jeder Art, Fabrikation jeder Art, Transport von Waaren und Personen zu Land und zu Wasser, den Bau von Häfen, Schiffen, Booten, Bahnen, Maschinen, Cars, Docks, Werften usw., den Ankauf, die Verwaltung und Verbesserung von Land, bezw. jede Art der Erwerbsthätigkeit, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach in nicht allzuferner Zeit eine ganze Anzahl von Industrien sich unter die schützenden Fittige dieses Riesentrusts stellen werden. Die bedeutendsten Stahl- und Eisentrusts sind nachstehende:

Federal Steel Company . . .	200,000,000	Doll.
Carnegie Steel Company . .	25,000,000	„
Merchants' Steel Trust . . .	25,000,000	„
Illinois Steel Company . . .	18,650,000	„
Lake Superior Consolidated Iron Mines	30,000,000	„
American Steel & Wire Comp.	12,000,000	„
Cambria Iron Company . . .	10,000,000	„
Lorain Steel Co. (Johnson Co.)	9,000,000	„
Colorado Fuel & Iron . . .	13,000,000	„
Pennsylvania Steel Company .	5,000,000	„
Gesammt-Kapitalisation .	347,650,000	Doll.

Ende 1897 gab es in den Vereinigten Staaten 172 Kartelle und Ringe (Ringe gleich Verkaufsvereinigungen) mit einem Kapital von 12½ Milliarden

Mark. Da nach dem Zensus (Betriebsstatistik) von 1890 das gesammte industrielle Kapital in den Vereinigten Staaten 27½ Milliarden Mark betrug, so macht ersteres beinahe die Hälfte des gesammten industriellen Kapitals aus. Diese Annahme ist wohl auch unter Berücksichtigung der seitdem eingetretenen industriellen Weiterentwicklung richtig, da heute das in den Kartellen und Ringen angelegte Kapital auf 15 Milliarden Mark geschätzt wird. Das genannte Blatt theilt mit, daß in den letzten sechs Monaten mehr als 100 Gesellschaften inkorporirt wurden, deren Zweck es ist, die Geschäfte vieler über das ganze Land zerstreuter Etablissements zu konzentriren. „Und das geschah, trotzdem das Bundesobergericht nunmehr erklärt hat, daß die Bahnkombination, die unter dem Namen Joint Traffik Association bekannt ist, eine Verletzung des Antitrustgesetzes sei."

Im Jahre 1889 wurden insgesammt 255 Kartelle gezählt, die sich auf folgende Länder vertheilten: Deutschland 90, Amerika 59, Oesterreich-Ungarn 37, Großbritannien 28, Belgien 8, Frankreich 6, Rußland 6, Skandinavien 5, Italien 2, Schweiz 3 und internationale 11. Im vorigen Jahre hat ein Student der Leipziger Universität, Robert Liepmann, in seiner Doktordissertation die Kartelle behandelt und über deren Vertheilung auf die verschiedenen Industrien folgende Zusammenstellung gemacht, wonach entfallen auf die

chemische Industrie	82	Kartelle
Eisenindustrie	80	„
Industrie der Steine und Erden .	59	„
Textilindustrie	38	„
Papierindustrie	19	„
Holzindustrie	18	„
Kohlenindustrie	17	„
metallurgische (außer Eisen) . .	15	„
Nahrungsmittelindustrie	12	„
Lederindustrie	5	„

Das sind zusammen 345 Kartelle im Jahre 1897, um 90 mehr als 1889. Die Kartelle erstrecken sich demnach auf einen sehr großen Theil des internationalen Produktionsgebietes und umfassen namentlich jene Industrien, in denen die Kapitalskonzentration in Gestalt der Großbetriebe am Weitesten vorgeschritten ist. In Deutschland sind es vor Allem die Eisen-, Kohlen-, Metall-, chemische und Textilindustrie, sowie das Hütten- und Salinenwesen, welche kartellirt sind. Der Leipziger Privatdozent Dr. Pohle charakterisirt recht zutreffend die Kartelle als den „Kommunismus des Mammons", indem er den sozialistischen (kollektivistischen) Zug in dieser wirthschaftlichen Organisation betont und sodann weiter ausführt, daß dieselben bei weiterem Fortgang der Entwicklung allmählich aufhören werden, dem Besitze zu dienen und in den Dienst sozialistischer Zwecke im besten Sinne des Wortes gestellt werden.

Gegenüber den Arbeitern bilden die Kartelle Wirthschaftsgebilde von erdrückender Uebermacht, denen gegenüber nur mächtige Arbeiterorganisationen aller Industrieländer einigermaßen Stand zu halten vermögen. Um so nothwendiger erscheint dann der politische Kampf der Arbeiterklasse, um eine weitere Herabdrückung durch das übermächtige Kapital zu hindern. „Der Kapitalismus eilt rasch seinem Höhepunkt entgegen", schließt Dr. Braun seine Schrift über die Kartelle; „eher, als selbst wir es vor wenigen Jahren noch vermuthen konnten, wird die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals fast vollendet sein, wird die Gesellschaft völlig geschieden sein in einige Dutzend Allesbesitzer und in hunderte Millionen Nichtsbesitzender. Der Kapitalismus wird jeden gesellschaftlichen Rückhalt verloren haben, leicht wird es sein, die Expropriateure zu expropriiren, an Stelle des Kapitalismus mit seinen Kartellen wird das Kartell der Kartelle, die einheitlich organisirte, im Interesse der Gesammtheit wirkende, gemeinwirthschaftliche Ordnung treten."

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die mit der eventuellen Einführung der Arbeitslosenunterstützung nothwendig werdende Beitragserhöhung einen vorübergehenden Mitgliederrückgang zur Folge haben wird und auch der Vorstand erwähnt dieses als eine durch die Erfahrung bei der letzten Beitragserhöhung erhärtete Thatsache.

In Nr. 53 v. J. macht Kollege B. F., um diesen Uebelstand zu beseitigen, den Vorschlag, die Extrakarenzzeit für die Unterstützung wegfallen zu lassen. Die demnach verbleibenden statutarische Karenzzeit der Neuaufgenommenen würde aber doch nicht genügen, um die schon für das erste Jahr benöthigte Summe von 108,000 ℳ aufzubringen. Auf dem Papier macht B. F. es sich sehr leicht: er zieht den schon im Jahre 1899 benöthigten Betrag von dem Ueberschuß ab, den ihm der Vorstand für den Schluß des Jahres — 1905 ausgerechnet hat.

Um einem größeren Mitgliederrückgang vorzubeugen, schlage ich vor: Zur Erhebung der Arbeitslosenunterstützung sind die Mitglieder erst dann berechtigt, wenn sie 1 Jahr lang die erhöhten Beiträge gezahlt haben. Für die Höhe der zu beanspruchenden wöchentlichen Unterstützung kommt jedoch die Gesammtzeit der nachweisbaren Mitgliedschaft in Anrechnung.

Es würden demnach, als Datum der Einführung der 1. Juli 1899 angenommen, am 1. Juli 1900 schon diejenigen Mitglieder mit dem höchsten Satz von 10 ℳ pro Woche unterstützungsberechtigt sein, die seit 1. Juli 1895 ununterbrochen Mitglied sind.

Die finanzielle Tragweite des Vorschlags sei in Folgendem veranschaulicht. Die Neuaufnahmen betrugen in den Jahren 1896/97 zusammen 82,515 Mitglieder. Es hat sich also die den Berechnungen des Vorstandes zu Grunde gelegte Normalmitgliederzahl von 60,000 in den beiden Jahren mehr als einmal verjüngt. Die effektive Zunahme der Mitglieder hat in den beiden Jahren zusammen wenig mehr als 20 Proz. der Neuaufnahmen betragen. Trifft dieser Prozentsatz den Durchschnitt der letzten 5 Jahre, was leider nicht anzunehmen ist, dann würde sich im finanziell ungünstigsten Fall beim Inkrafttreten der Unterstützung die Dauer der Mitgliedschaft den 5 Jahresklassen nach gleichmäßig vertheilen, also jede Gruppe zu 20 Prozent.

In den folgenden Jahren würde sich jedesmal die höchste Gruppe um 20 Proz. vermehren und dafür die niederste in Wegfall kommen. Die Rechnung des Vorstandes (Nr. 48 S. 2, Sp. 2 unten) würde sich bei Annahme einer Arbeitslosigkeit von 10 Prozent für die ersten 6 Jahre folgendermaßen gestalten:

Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung für männliche Mitglieder.

ℳ per Woche	Jahresausgabe nach Nr. 48	davon %	beträgt = Sa. ℳ	Ges.-Sa. ℳ
		Erstes Jahr:		
—	—	—	—	—
		Zweites Jahr:		
6	150 300	20	30 060	
7	175 350	20	35 070	
8	200 400	20	40 080	
9	225 450	20	45 090	
10	250 500	20	50 100	
		Sa. 100		200 400
		Drittes Jahr:		
7	175 350	20	35 070	
8	2 0 400	20	40 080	
9	225 450	20	45 090	
10	250 500	40	100 200	
		Sa. 100		220 440
		Viertes Jahr:		
8	200 400	20	40 080	
9	225 450	20	45 090	
10	250 500	60	150 300	
		Sa. 100		235 470
		Fünftes Jahr:		
9	225 450	20	45 090	
10	250 500	80	200 400	
		Sa. 100		245 490
		Sechstes Jahr:		
10	250 500	100	Sa.	250 500
			Sa.	1 152 800
Dazu 2 Prozent der Einnahmen:				28 800
Gesammtsumme der Ausgaben . .				ℳ 1 181 100

Bilance.

Einnahmen . . .	1 440 000 ℳ
Ausgaben . . .	1 181 100 ℳ
Ueberschuß . . .	258 900 ℳ

Der Vorstand würde also nach 6 Jahren mit einer Viertelmillion Ueberschuß selbst bei den ungünstigsten Verhältnissen abschließen und bis dahin hätte er auch das Material, um weitere genauere Kalkulation vornehmen zu können. Die Anrechnung der Mitgliedschaft in der vorgeschlagenen Weise wäre jedenfalls ein Akt der Gerechtigkeit gegen die alten Mitglieder, die den Verband schon seit Jahren hochhalten und ich werde den entsprechenden Antrag hier stellen, selbst auf die Gefahr hin, daß Kollege E. P. die stufenweise Unterstützung nicht ganz demokratisch findet.

Wenn man übrigens die Vorschläge des Kollegen E. P. näher besieht, so ist erstens der Verzicht auf die Mehrleistung der weiblichen Mitglieder nach dem Grundsatz: Gleiche Rechte, gleiche Pflichten auch „nicht ganz demokratisch"; zweitens hapert es bei seiner Beweisführung auf dem Gebiete, das Adam Riese beherrscht. Zwar rechnet er bei einer Beitragserhöhung von nur 5 ₰ für die ersten beiden Jahre einen reinen Ueberschuß von 19,200 ℳ heraus, setzt man aber die Rechnung auf das dritte Jahr fort, so sieht man sich vor folgendem überraschenden Resultat:

Ueberschuß vom 2. Jahr	19 200 ℳ
Einnahme 60,000 × 40 × 5 ₰	120 000 ℳ
Summa .	139 200 ℳ
Ausgabe 3000 × 6 × 10 ℳ	180 000 ℳ
Einnahme für beides im dritten Jahre . .	139 200 ℳ
Defizit .	40 800 ℳ

Der Streik.

Aus dem Tagebuch eines Kapitalisten.

(Nachdruck verboten.)

2. Januar. Das Arbeiterpack wird doch von Woche zu Woche begehrlicher! Erst in der letzten Woche mußte ich neue Schutzvorrichtungen an den Maschinen anschaffen, weil sich da irgend ein dummer Löhpel drei Finger von der rechten Hand abgeschnitten hatte. Heute fordert die Bande schon wieder einen Lohnaufschlag und Abschaffung des Akkordsystems. Das erstere würde ich ja schließlich noch ganz gern bewilligen, aber das letztere auf keinen Fall! Nein, niemals! Lieber schließe ich die ganze Bude! — Gott sei Dank, daß die Regierung nun endlich mit der Zuchthausvorlage kommt! Wenn es nur nicht mehr so überaus lange dauern wollte! Dem rothen Brandert wären so ein paar Jährchen hinter Schloß und Riegel bei Wasser und Brod schon ganz recht! Dieser Hetzer und sozialdemokratische Agitator, der die anderen Leute nur verführt, muß mir zuerst an die Luft. Bewilligen werde ich absolut nichts! —

3. Januar. Heute haben sie mir wieder ihre „sogenannte" Kommission ins Kontor geschickt; die Leute haben mir mit ihren beschmutzten Stiefeln die ganzen guten Brüsseler Teppiche vollgetrampelt. Ich habe sie aber auch gleich mit den Worten abgewiesen, daß ich mit einer Kommission überhaupt nicht unterhandle; wenn es von meinen Arbeitern nicht bei mir paßte, der könnte sehen, wo der Zimmermann das Loch gelassen habe. Sie meinten darauf, wenn dies mein letztes Wort zu ihren berechtigten Forderungen wäre, so wollten sie ihren Kollegen davon Mittheilung machen. Ich bat sie, dasselbe nun zu thun; innerlich aber kochte es in mir vor Wuth und Groll, daß ich mich überhaupt dazu herablassen mußte, mit diesen Kreaturen zu unterhandeln, deren Gruß ich auf der Straße übersah, wenn ich zurückgelehnt in meinem Landauer an ihnen vorbeihuschte! Gut! Lassen wir es auf eine Kraftprobe ankommen, meine Herren Arbeiter! —

4. Januar. Heute Früh ist Niemand, außer ein paar Lehrjungen, zur Arbeit erschienen! Die Gesellschaft wagt es also, mir Trotz zu bieten! Wir wollen schon sehen, wer der Stärkere von uns beiden ist! —

5. Januar. Diese verdammten Lehrjungens sind auch zu rein gar nichts zu gebrauchen! Nicht einmal eine Leitspindel können sie drehen! Das ist doch etwas rein Mechanisches! Ich habe selbst versucht, den Support einzustellen, habe mich aber dabei tüchtig geklemmt! Streikt nur ruhig! Ich werde schon Arbeiter finden! Die neuen Arbeiter sollen den Lohnzuschlag erhalten, ihr aber nicht, denn Vorschriften lasse ich mir auf keinen Fall machen! Meine Agenten reisen schon in den verschiedensten Industriestädten herum. Bier und Zigarren, die es gratis bei der Anwerbung gibt, werden auch schon das ihrige thun. In zwei Tagen geht mein Betrieb wieder so, als ob nichts vorgefallen wäre.

6. Januar. Jetzt muß die Firma Knöchlen u. Co. auch gerade ihre Schraubenbänke haben wollen. Sie erinnern mich daran, daß der Ablieferungstermin bereits gestern gewesen sei, und lassen einen Hinweis auf die kontraktliche, festgemachte Konventionalstrafe durchblicken. —

7. Januar. Was soll ich nur anfangen? Schon wieder ein Telegramm. Die Schraubenbänke müssen bis spätestens übermorgen fertiggestellt werden. Woher nur die Leute nehmen? Die anderen Fabriken haben das Anerbieten, die Schraubenbänke fertigzustellen, abgelehnt, da sie sonst gleichfalls den Ausbruch eines Ausstandes in ihrem Betriebe befürchten. Ich habe die ganze Nacht kein Auge zuthun können.

8. Januar. Wenn ich doch nur die Forderungen bewilligt hätte! Ich will versuchen, wieder mit der Kommission in Unterhandlungen einzutreten. Alles will ich ja bewilligen, alle wieder in Arbeit nehmen, nur die verdammten rothen Hetzer nicht! —

9. Januar. Heute, im Laufe des Tages, sind nun die Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Ich mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, obwohl ich mit den Zähnen geknirscht habe, daß ich diesen großmäuligen Proleten nicht nur einen Stuhl, sondern auch meine guten Zigarren anstandshalber anbieten mußte. Aber die Bande ist stolz! Meine Zigarren wies man kurz und höflich zurück, so daß ich daraus entnehmen konnte, daß man von mir nichts geschenkt haben wollte. Ich habe die Kiste achselzuckend mit einem vornehmen Lächeln zugeklappt und sie wieder oben auf meinen eisernen Geldschrank gesetzt. Zu einer Einigung sind wir auch heute nicht gekommen. Diese Arbeiterschädel sind hart. Wer hätte das noch vor fünfzig Jahren gedacht, daß der Fabrikherr mit seinen in Brod und Lohn Stehenden würde unterhandeln müssen. Die Zeiten ändern sich doch gewaltig! —

10. Januar. Gott sei Dank! Heute sind elf „Arbeitswillige" von der Landstraße gekommen. Nun brauche ich mich nicht mehr zu demüthigen, kann die mir so widerwärtigen Unterhandlungen kurzer Hand abbrechen und werde in drei bis vier Tagen die Maschinen abliefern können! —

11. Januar. Dieses aufgelesene Pack von der Landstraße, das nun meine Fabrik füllt — es sind wieder acht neue gekommen — ist doch zu dumm und faul! Das hat keine Ahnung, wie es die Feile anzusetzen hat, oder wie ein Stahl zu schmieden sei. Heute haben sie mir bereits so viel Werkzeug verdorben und so viel Material verpfuscht, wie es die anderen nicht in einem halben Jahre fertig gebracht haben. Ich

Es wäre also nicht nur der „reine Ueberschuß" verschwunden, sondern das Defizit würde auch beweisen, daß man selbst bei nur 6 Proz. Arbeitslosigkeit mit 5 ₰ Wochenbeitrag auch nicht 1 Jahr lang 10 ℳ pro Woche bezahlen kann.

Berlin-Steglitz. Gg. Rapp.

* * *

Durch meine jahrelange Thätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung bin ich zur Ueberzeugung gekommen, daß es in unserer Organisation an dem nothwendigen Bindemittel fehlt. Man muß erstaunen darüber, daß im vergangenen Jahre bereits so viele Mitglieder aus- wie eingetreten sind Es fehlt also an dem nöthigen Kitt, der die Kollegen an den Verband fesselt. Dieser Kitt wäre in dem Ausbau unseres Unterstützungswesens zu suchen. Den reisenden Kollegen wird eine Unterstützung gewährt, die von Allen durch die Beitragsleistung aufgebracht werden muß, die verheiratheten Kollegen haben aber nur die Pflicht, mit dazu beizutragen.

Ich habe hier in Offenbach die Wahrnehmung gemacht, daß die meisten Kollegen, wenn sie in den Stand der Ehe treten, dem Verband den Rücken kehren, theils weil sie die Bedeutung des Verbandes noch nicht begriffen haben und das Reisen nicht mehr nöthig zu haben glauben. Es erhalten dann unsere Beitragssammler durch die jungen Frauen den Bescheid, sie brauchten nicht mehr zu kommen, der Verband habe keinen Werth mehr für ihren Mann.

In solchen Fällen würde bei Bestehen der Arbeitslosenunterstützung die Mitgliedschaft erhalten bleiben, zumal auch Denen, die ihre Eltern zu unterstützen haben, ebenfalls ein Aequivalent geboten würde.

Haben wir nicht fast bei jedem Streik eine Anzahl Kollegen wegen Streikbruchs auszuschließen? Ich weiß mich auf einen Streik zu erinnern, anläßlich dessen 86 Kollegen ausgeschlossen werden mußten. Was wollen da die Anhänger der „Kampforganisation", die vom Unterstützungswesen für die Reise und Arbeitslosigkeit nichts wissen wollen, anfangen mit ihrem Häufchen organisirter Kollegen, die blos für Streiks Unterstützung erhalten sollten? Sie müßten die Nichtorganisirten mitunterstützen, denn sonst würde jeder Streik resultatlos verlaufen.

Ganz anders wird es sich verhalten, wenn durch den Austritt oder Ausschluß Rechte verloren gehen. Es werden wohl, das bin ich überzeugt, trotzdem Austritte und Ausschlüsse erfolgen, wie z. B. bei den Krankenkassen, aber nicht in der Zahl wie gegenwärtig.

Und nun zu den Beiträgen: Es werden bei 30 ₰ Beitrag nicht mehr Kollegen austreten als bei Einführung des 20 ₰-Beitrages ausgetreten sind. Ich will nun, um zu zeigen, daß wir nicht nur in der Zeit, sondern auch in der Arbeiterbewegung fortgeschritten sind, Folgendes anführen: Im Jahre 1890, als ich nach Offenbach kam, zählte der Fachverein bei 5 ₰ Wochenbeitrag 180 Mitglieder, 1892, als der Verband gegründet war, sind wir mit etwa 126 Mitgliedern bei 15 ₰ Beitrag übergetreten. Wir sind bis nahezu 300 Mitglieder gestiegen. Nach der Einführung des 20 ₰-Beitrages sind wir wieder auf 260 Mitglieder gefallen, um alsdann wieder auf nahezu **600** Mitglieder zu steigen. Darum, Kollegen, wollen wir uns daran gewöhnen, höhere Beiträge zu leisten, um im Nothfall höhere Rechte in Anspruch nehmen zu können. Streiten wir deshalb nicht über die Möglichkeit der vorgeschlagenen Maßregeln; bei der Annahme des Antrages wird Alles zu unserer Zufriedenheit geregelt werden, um bei der kommenden Generalversammlung den Verband noch weiter zu verbessern und auszubauen — uns und der gesammten Arbeiterbewegung zum Nutzen.

Offenbach a. M. Ludwig Donges.

Zum Ausbau des Verbandes.

Mit übergroßer Majorität hat sich die südbayerische Metallarbeiterkonferenz für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen. Die prinzipiellen Gegner sind auch hier verschwunden. Auch noch mancher andere Kollege dürfte es nach reiflicher Erwägung für richtig finden, diesen Schritt nach vorwärts mitzumachen.

Wenn wir die Kollegen mit dieser Einsendung in Anspruch nehmen, so nicht deshalb, um über Nothwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung viele Worte zu verlieren, sondern um auch anderen als arbeitslosen Kollegen direkten Nutzen vom Verbande zu verschaffen. Wir stehen auf dem Standpunkt, den Wochenbeitrag auf 30 ₰ zu erhöhen. Daß die Arbeitslosenunterstützung die ganzen 10 ₰ verschlingt, glauben wir nicht. Wir halten es aber nicht für gut, wenn ein Verband wie der unsere gewissermaßen nur von der Hand in den Mund lebt, sondern wir meinen, daß eine gut gefüllte Kasse auch kein Unglück für ihn wäre.

Sind wir aber nun einmal daran, das Unterstützungswesen auszubauen, so ziehen wir gleich alle unsere Mitglieder in Betracht und nicht blos die reisenden oder arbeitslosen. Was für den Einen recht ist, soll man dem Andern nicht vorenthalten. Ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz unserer Mitglieder befindet sich in annehmbarer, dauernder und auch besser bezahlter Stellung. Es sind dies meistens Kollegen, die 5, 10, ja noch mehr Jahre in ein und demselben Etablissement beschäftigt sind. Daß manche dieser Kollegen aber nicht sonderlich erbaut sind von Beitragserhöhung und Arbeitslosenunterstützung, ist klar. Für Manche wird dies den Anlaß geben, dem Verband den Rücken zu kehren, trotzdem sie am ehesten in der Lage wären, den erhöhten Beitrag zu leisten. Diese Fahnenflucht bedeutet aber nicht blos die Einbuße an Geld und Mitgliedern für den Verband durch die Betreffenden allein, sondern diese älteren werden auch einen Theil jüngerer Kollegen, wenn auch nicht vorsätzlich, mit wegziehen, und weiter wird die Erfüllung unserer Aufgaben in manchen Betrieben ziemlich hintangehalten werden.

Es wäre also hier unserer Meinung nach ein Entgegenkommen am Platze. Wir machen deshalb den Vorschlag, den Wochenbeitrag auf 30 ₰ zu erhöhen, aber neben der Arbeitslosenunterstützung eine Unterstützung in Sterbefällen der Mitglieder oder deren Frauen zu gewähren.

Die Unterstützung soll nach einjähriger Beitragsleistung 20 ℳ betragen und sich nach 5jähriger Beitragsleistung bis 50 ℳ steigern. Bei der Metallarbeiterkrankenkasse trafen in den letzten 6 Jahren rund 9 Sterbefälle auf je 1000 Mitglieder. Nehmen wir dieses Verhältniß auch bei unserem Verband an, so ergeben sich bei 60,000 Mitgliedern jährlich 540 Sterbefälle, für die nach einjähriger Karrenzzeit 10,800 ℳ an Unterstützung bezahlt werden müßten, nach 5 Jahren würde die Unterstützungssumme 27,000 ℳ betragen, wenn alle Sterbefälle den höchsten Satz kosten würden.

Nun wollen wir aber auch bei Ableben der Frauen unserer Mitglieder Unterstützung gewähren; es würden sich dadurch — nehmen wir einmal an — die Summen verdoppeln, also 21,600 ℳ resp. 54,000 ℳ betragen Bei 60,000 Mitgliedern und 54,000 ℳ jährlicher Ausgabe würde also ein Beitrag pro Mitglied von 90 ₰ jährlich oder 1¾ ₰ wöchentlich nöthig sein. Ein Betrag, der leicht zu leisten wäre.

Diese Berechnung ist nun nicht zu niedrig, sondern zu hoch gegriffen, da ein guter Theil unserer Kollegen eben noch nicht verheirathet ist. Rechnen wir 5 ₰ Arbeitslosenunterstützung, 1½ ₰ Unterstützung in Sterbefällen, bleiben immer noch 3½ ₰ für unsere Kasse und dazu eine verminderte oder gar keine Fahnenflucht. Diese Summe sollte den Verband nicht reuen, denn dann könnten sich auch die älteren Kollegen der Einsicht nicht verschließen, daß auch ihnen resp. ihren Angehörigen der Verband direkten Nutzen gewährt und deshalb Wenige Grund haben, dem Verband den Rücken zu kehren.

Was der Verband auf der einen Seite an Unterstützung ausgibt, kommt ihm auf der andern Seite doppelt und mehrfach wieder herein. Wir halten den Weg des Unterstützungswesens, um unsere Aufgabe: die Verkürzung der Arbeitszeit und Besserung unserer wirthschaftlichen Lage zu erfüllen, für den kürzesten, erfolgreichsten und auch billigsten.

Eine weitere Aufgabe der Generalversammlung dürfte die sein: Den Vorstand zu beauftragen, den Verband in Gaue einzutheilen, ähnlich dem Buchdrucker- und Holzarbeiterverband, und an die Spitze der Gaue eine Leitung zu stellen. Bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung wird sich eine derartige Leitung als nothwendig und zweckmäßig erweisen. Ebenso ist aber die Arbeit im Gesammtverband derart gewachsen, daß sie der Vorstand überhaupt nicht bewältigen kann. Auch die Agitationskommissionen sind zum großen Theil nicht in der Lage, die Geschäfte so zu erledigen, wie es das Verbandsinteresse erheischt. Führen wir deshalb die Gaueintheilung durch und sorgen für eine gute und tüchtige Leitung. Von dieser kann und muß die Arbeit geleistet werden, die den gegenwärtigen Institutionen zu leisten nicht möglich ist. Die Einsetzung von Gauleitungen ist nur eine Frage der Zeit und je eher wir nun, nachdem wir stark genug sind, daran gehen, dieselben einzuführen, desto besser für den Verband.

München, Dezbr. 1898. H. Ischinger.

* * *

Der Vorstand glaubt die Durchführbarkeit seines Antrages durch das beigefügte Zahlenmaterial vollauf begründet zu haben. Er hätte aber bedenken sollen, ob die Mitglieder zum größten Theile auch im Stande oder gewillt sind, für das was als Aequivalent geboten wird, die erhöhten Beiträge zu bezahlen, indem man die Unterstützung als zu niedrig und nicht der Erhöhung der Beiträge entsprechend ansieht. Und das mit Recht, da der Vorstand selbst zugibt, mit 5 ₰ auszukommen. Im Weiteren hätte man bedenken sollen, daß eine große Zahl unserer Mitglieder an kleineren Orten nicht oder sehr schwer in der Lage sind, den erhöhten Beitrag zu bezahlen. Dann hätte der Vorstand in seinem Artikel auch gleich erwähnen sollen, was er als Arbeitslosigkeit betrachtet und wie sich die ortsansässigen Arbeitslosen dem Arbeitsnachweise gegenüber zu verhalten haben werden. Ferner: wie soll es mit denen gehalten werden, die nur auf Spezialartikel eingearbeitet sind, die auf andere Artikel nicht im Stande sind, einen Arbeitgeber zu befriedigen? Wie verhält es sich bei Chikanirungen ortsansässiger Kollegen durch die Meister 2c., wenn sie deshalb die Arbeit verlassen? —

Die Nothwendigkeit der Einführung der Unterstützung ist und wird auch wohl kaum von einer Seite bestritten werden, aber ob man mit dem Antrage des Vorstandes den beabsichtigten Zweck erreicht, bezweifle ich sehr stark. Die Mitglieder einer Gewerkschaft sind in der Regel die intelligentesten Arbeiter, bei niedergehender Konjunktur entläßt der Unternehmer zuerst die Minderbefähigten, auch kommt es vor, daß trotz flauen Geschäftsganges keine Entlassungen stattfinden, weil der Unternehmer im wohlverstandenen Interesse seinen Arbeiterstamm behalten will. Er reduzirt also zeitweilig die Arbeitszeit in erheblichem Maße. Und der Arbeiter läßt sich bei niedergehender Konjunktur lieber diese Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechender Lohnreduktion gefallen, als daß er eine Entlassung riskirt. Dieses Moment kommt aber bei der Agitation in Betracht, indem dadurch ortsansässige Kollegen sehr schwer in den Verband zu bekommen sind.

Darum heißt es, weitgehendere Bahnen einzuschlagen, und da bin ich zunächst der Meinung, man sollte den Unterstützungssatz von 8 ₰ pro Woche allein einführen. Denn die Noth durch Arbeitslosigkeit ist bei einjähriger Mitgliedschaft ebenso groß wie bei längerer. Die Verschiedenheit des Unterstützungssatzes erregt nur Unzufriedenheit.

---

wollte, ich hätte meine alten Leute wieder in der Werkstatt, deren ehrliche Gesichter ich kenne. Dieses lichtscheue Gesindel mit ihrem ewigen Kriechen und Katzbuckeln macht mich gruselig und nervös! Ich habe meinen Portier eigens beauftragt, genau aufzupassen, ob Niemand irgend ein Werkzeug oder sonst etwas anderes aus der Fabrik mit herausnimmt. Derartige Vorsichtsmaßregeln hatte ich bei meinen alten Leuten doch nicht nöthig. Wenn nur erst die Zuchthausvorlage da wäre, daß die Streiks ganz aus der Welt geschafft werden. Ob ich diese Leute in meiner Fabrik stehen habe, oder gar keine, bleibt sich schließlich ganz gleich!

12. Januar. Heute hatte ich eine wirkliche Genugthuung, die meinem sorgenschweren und verärgerten Herzen ordentlich wohl that. Die Haupthetzer sind wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. zu 2 und 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, sie mußten ihre Strafe sofort antreten! Neulich hatten diese Menschen nämlich die zugereisten „Arbeitswilligen" davon abhalten wollen, bei mir in Beschäftigung zu treten. Allein wir leben ja noch in einem Rechtsstaat, in dem die Polizei ihre Pflicht thut! Vielleicht kriechen jetzt die anderen zu Kreuz, da die Haupträdelsführer nun hinter Schloß und Riegel sind.

13. Januar. Es ist, um sich die Haare auszuraufen, wenn meine spiegelblanke Schädelplatte überhaupt noch welche aufwiese! — Die Maschinen sind nicht fertig! Sie sind kaum bis zur Hälfte hergestellt und nun kann ich die kontraktlich festgesetzten 2000 Mark Konventionalstrafe zahlen! Diese Faullenzer, diese Pfuscher und Tagediebe, die ich jetzt in meiner Werkstatt habe! Heute noch werfe ich die ganze Gesellschaft aufs Pflaster! Wenn das noch vierzehn Tage so weiter geht, bin ich ein ruinirter Mann, bin ich bankrott! — **Ich habe noch einmal an die „Kommission" geschrieben.** Ich will mich ihnen ja gern auf Gnade und Ungnade ergeben! Ich muß es ja, denn sonst kann ich mit meinem ganzen Kram einpacken und betteln gehn!

14. Januar. Wie klein kam ich mir heute meinen Arbeitern gegenüber vor. Es stand mir förmlich auf der Stirn geschrieben, wie weit es mit mir gekommen. Ich ließ mir noch einmal alle ihre Forderungen, die sich nun auch auf sofortige Entlassung aller neueingestellten Arbeitswilligen ausdehnen, vortragen; ich bat sie, mir dieselben doch ein wenig aufzunotiren, da ich zwei Tage Bedenkzeit haben müßte.

15. Januar. Ich habe mir die Sache die ganze Nacht und den ganzen Tag durch den Kopf gehen lassen. Die Bedingungen, die man mir gestellt hat, sind in Anbetracht des früheren Arbeitsverhältnisses, in welchem ich schalten und walten konnte, wie es mir beliebte, recht harte. Allein: in der Noth frißt der Teufel Fliegen, und ich werde in den sauren Apfel beißen müssen. Der Streik kostet mich, ganz abgesehen von den zukünftigen Lohnzuschlägen, etwa 10,000 Mark. Es wird Mühe kosten, bis ich diese Summe wieder herausgeschlagen haben werde. Morgen werde ich dem interimistisch eingestellten Personal kündigen. Das ist noch für mich die einzige Freude an der ganzen Sache, daß ich dieses Gesindel endlich los werde; ich fühlte mich gar nicht mehr recht als Herr in meinem eigenen Hause! Morgen also werde ich meine Niederlage öffentlich verkündigen müssen! —

16. Januar. Die Kommission ist gegangen. Ich habe alle ihre Forderungen erfüllt und habe mich zum Einhalten der von mir anerkannten Bedingungen schriftlich verpflichtet. — Unter groben und brummigen Redensarten haben auch die „Arbeitswilligen" ihre Plätze in der Werkstube geräumt. Ich habe ihnen noch auf ihr Drängen den Lohn bis zum Schluß der Woche auf Heller und Pfennig nach unserer Vereinbarung auszahlen müssen. Ein kurzer Rundgang in den Fabrikräumen hat mich zur Genüge über die ungeheuere Materialverschwendung in den letzten Tagen belehrt. Ganze Stöße von verbranntem Stahl und zerbrochenen Gußstücken lagen in den Ecken hinter den Eisenblechplatten aufgeschichtet. Das kommt davon, wenn man ungelernte Arbeiter annimmt! Es ist doch ein schändliches Gefühl, sich vor den Leuten, die bei einem in Brod und Lohn stehen, drücken zu müssen. Diese heillose, rothe Pest! Wer gegen diese Seuche nur erst das heilende Serum gefunden hätte! Mit der Peitsche müßte der ganzen Bande der rothe Koller ausgetrieben werden! Immer mit der Peitsche, wenn nicht parirt wird . . . .

17. Januar. Heute haben sie nun wieder angefangen! Die Feilen und Räder sangen ihre alte, fleißige Melodie, und die großen Schwungräder und Hämmer klirrten und summten dazwischen. Es war mir zu peinlich, hinunterzugehen und den Leuten, die mich zum Nachgeben gezwungen, irgend ein freundliches Wort zu sagen. Ich habe sie von meinem Wohnungsfenster aus betrachtet, wie sie in ihren dünnen Röcken und Blousen angezogen kamen; einer oder der andere blickte auch zu meinem Fenster hinauf, wo ich, hinter der Gardine verborgen, sie beobachtete; es schien mir, als ob ein siegesbewußter und stolzer Zug um diese blassen Lippen zuckte. . . . Vielleicht aber habe ich mich auch getäuscht und es war nur der Wiederschein von den beiden großen Laternen am Fabrikeingang! . . .

L. L.

Im Ferneren aber sollte auch die Unterstützung bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit eingeführt werden. Die Kosten für letztere Unterstützung lassen sich schon von dem Ueberschuß des erhöhten 10 ₰-Beitrages decken (??! Red.), zumal diese Erwerbslosigkeit prozentual niedriger als bei Arbeitslosigkeit, im Durchschnitt 3½ bis 4 pCt. ist. Durch diese Unterstützung würde man sicher mehr Erfolg haben als durch die alleinige Arbeitslosenunterstützung. Auf letztere wird nicht von allen Gewicht gelegt, weil man nicht überlegt, wie und wann man außer Brod und Arbeit kommen kann.

Ueberlegen wir uns diese Sache von einem anderen Standpunkte, so hätte die Unterstützung bei Krankheit schon längst eingeführt werden müssen. Ziehen wir nur die Krankenkassenverhältnisse für die in der Baubranche thätigen Kollegen in Betracht, so finden wir, daß für sie die sog. freien Hilfskassen, wenn sie auch von Arbeitern geleitet werden, zum Schaden sind. Diese Kassen finden auch Unterstützung durch die Unternehmer, namentlich durch das Kleinmeisterthum. Dieses stellt keinen Gehilfen ein, der der Ortskasse angehört, lancirt ihn daher in die freie Hilfskasse. Wer nicht in der glücklichen Lage ist, den horrenden Preis von 4 ℳ Eintrittsgeld in die freie Hilfskasse bezahlen zu können, muß event. auf die Annahme der Arbeit verzichten, da der Arbeitgeber das Drittel zur Ortskasse nicht zahlen will. Bei mangelnder Gesundheit wird der Arbeiter in die freie Hilfskasse überhaupt nicht aufgenommen, während die Ortskassen Jeden aufnehmen müssen. Die Ortskassen sind den Unternehmern ja überhaupt verhaßt, wie das kürzliche Beispiel von Remscheid zeigt, weil die Arbeiter darin etwas zu sagen haben. Daher muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, die Ortskassen weiter auszubauen, die selbstständigen sogen. freien Kassen zu beseitigen; dann kann ev. kein Unternehmer einen Arbeiter wegen seiner Mitgliedschaft zur Ortskasse zurückweisen und jeder Unternehmer muß das Drittel Beitrag bezahlen. Dadurch, daß eine sehr große Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder aber doppelt versichert sind, d. h. in zwei Kassen, können diese sogen. freien Kassen existiren. Würde aber von den Gewerkschaftsverbänden Unterstützung bei Krankheit geleistet in derselben Höhe wie von den freien Kassen, so würde das auf den Zugang an Mitgliedern zu den Gewerkschaften von großem Einfluß sein.

Im Ferneren bin ich in Anbetracht der niederen Lebenshaltung, der wir Arbeiter schon während der Erwerbsthätigkeit unterworfen sind, der Meinung, daß man nicht erst nach Ablauf der ersten Woche bezugsberechtigt sein soll; ich dächte, daß man diesen Uebelstand bei den Krankenkassen, wo die Wartezeit nur 3 Tage war, vollauf kennen gelernt hat, weshalb man ihn ja auch zum großen Theile abgeschafft hat.

Bremen, Dezember 1898. Joh. Frick.

Zur Generalversammlung.

Arbeitslosenunterstützung und Anderes.

Von J. Dejung, Frankfurt a. M.

Als vor zwei Jahren in unserem Verbandsorgan die Frage der Erweiterung des Unterstützungswesens innerhalb unseres Verbandes zur Debatte stand, schrieb die Redaktion in einer ihrer hübschen „Randbemerkungen", „die Opposition habe sich geräuschvoller bemerkbar gemacht" und selbst auf der Braunschweiger Generalversammlung wurden Stimmen laut, daß die Stimmung gegen die Arbeitslosenunterstützung durch die lebhafte Sprache gegen die Einführung derselben beeinflußt worden sei, also weniger die Wucht der Gründe, sondern mehr die künstlich gemachte „geräuschvolle Opposition" habe den Vorstandsantrag zu Fall gebracht. Diese Anschauung wurde damals gründlich widerlegt; selbst die Gegner der Unterstützung bedauerten, daß Delegirte (es waren nur zwei) mit gebundenem Mandat in dieser Frage erschienen waren. Die Redaktion hat ja schon vor gebundenem Mandat gewarnt, ich schließe mich Dem an.

Wenn nun in diesem Jahre die lebhafte Sprache auf der anderen Seite zu finden ist, so bin ich noch lange nicht überzeugt, daß der Erfolg der gleiche sein wird, denn es wird noch allen Kollegen erinnerlich sein und bei jeder Gelegenheit ist es von Seiten des Vorstandes betont worden, daß sein Antrag so lange wiederkommen wird, bis er angenommen sei. Eine lebhafte Agitation muß unserer Idee zum Siege verhelfen, so kalkulirt der Vorstand und die Freunde der Arbeitslosenunterstützung. Deshalb der Aufwand an Zeitungsartikeln, Berechnungen und Reden auf Konferenzen u. a. m., und es sieht aus, als sollten die Gegner der Erweiterung des Unterstützungswesens in's Hintertreffen gerathen. Deshalb, und auch um zu beweisen, daß meine Stellungnahme vor zwei Jahren kein leeres Geschrei war, trete ich heuer wieder in die Diskussion ein, obwohl ich derselben fern bleiben wollte.

Schon die Tendenz der Besprechung der Aufgaben der nächsten Generalversammlung zwingt mich, ein Wort mitzureden. Soweit die Besprechung heute gediehen ist, dreht sich Alles um die Unterstützungsfrage, diese ist der Angelpunkt der ganzen Diskussion; man wird versucht, zu glauben, es gebe sonst nichts in unserem Verband zu bessern. Die Freunde der Arbeitslosenunterstützung sind fast auf dem Standpunkte der fanatischen Anhänger der Wasserheilkur angelangt. Es ist bekannt, zu welchen Verirrungen eine derartige parteiische Anhänglichkeit schon geführt hat, zu viel Wasser hat schon manchen Menschen zu Tode kurirt und zuviel Unterstützungswesen, behaupte ich, wird auch unseren Verband als Widerstandsorganisation zu Tode kuriren.

Vor zwei Jahren schrieb ich, „kein prinzipieller Gegner zu sein", heute muß ich dies bedeutend einschränken, wenn ich sehe, wie man wegen dieser Frage alle anderen in den Hintergrund gerathen läßt. Wenn dies heute schon geschieht, was soll's erst dann werden, wenn wir uns einmal mitten im Unterstützungsfahrwasser drin befinden? Allerdings muß man sagen, daß diejenigen, die bis jetzt zur Arbeitslosenunterstützung das Wort genommen, nur alte abgetriebene Gäule geritten haben, der Vorstand miteingerechnet.

Man war nach dem ganzen Verhalten des Vorstandes gewiß davon überzeugt, daß zur nächsten Generalversammlung der Antrag in veränderterter Form wiederkommen wird, man durfte daher erwarten, daß der Vorstand Versuche machen werde, die vielleicht darauf hinauslaufen würden, den Beweis für die Durchführung von einzelnen Orten zu erbringen. Es würde wohl Niemand etwas dagegen eingewendet haben, wenn der Vorstand einem Orte, sagen wir einmal Berlin oder Hamburg in der Einführung der Arbeitslosenunterstützung behilflich gewesen wäre, resp. die dortigen Kollegen dazu ermuntert hätte. Ferner hätten auch Stichproben in Statistik bezüglich Arbeitslosigkeit gemacht werden können. Die letzten zwei Jahre sind aber in diesem Sinne unbenutzt verstrichen und nur lediglich der Agitation für dieses Projekt gewidmet worden.

Ich komme nunmehr zu dem in Nr. 48 vor. Js. veröffentlichten Vorstandsantrag. Richtig ist, daß ein großer Wechsel in unserem Mitgliederstande vor sich geht, bezweifeln möchte ich aber, wie es nach den Ausführungen des Vorstandes aussieht, daß die 41,644 ausgetretenen Personen alle in diesem Jahre eingetreten sind; der bloße Wechsel der Arbeitsstelle, des Wohnortes und die mangelnde Kontrole hierüber und vor Allem das lässige Zahlen der Beiträge sind die Hauptfaktoren des Mitgliederverlustes, mit einem Worte: die mangelnde Fühlung der Ortsverwaltungsleiter mit den Mitgliedern ist der wunde Punkt. Damit soll selbstverständlich den betreffenden Kollegen kein Vorwurf gemacht werden, denn bei der beschränkten Zeit, die dem Arbeiter wegen der heutigen langen Arbeitszeit für derartige Dinge verbleibt, muß man sich oft wundern, daß dieselben Das, was sie heute thun, überhaupt fertig bringen. Hier muß Wandel geschaffen werden, ich komme mit einigen Vorschlägen am Schlusse darauf zurück.

Der Vergleich mit anderen Organisationen: Hutmachern, Buchdruckern 2c. ist doch etwas gewagt; hier haben wir es mit Branchenorganisationen, die gute Arbeitsnachweise besitzen und in Folge dessen auf Angebot und Nachfrage Einfluß haben, zu thun. Dieser Punkt „Branchenarbeitsnachweise" ist ein wirkliches Bindemittel in der Organisation, Beweis: die Feilenhauer, die jetzt sogar einen Zentralarbeitsnachweis besitzen; fragt sie einmal, was für sie werthvoller ist, ein Arbeitsnachweis, der ihnen Arbeit verschafft oder eine Arbeitslosenunterstützung, von der sie, wenn sie 14 Tage gehungert haben, 6 ℳ Unterstützung bekommen. In Industrieverbänden, die alle Arbeiter derselben Industrie aufnehmen müssen, wird auch die Mitgliederfluktuation vorkommen, Beweis: der Hirsch-Duncker'sche Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist mit seinen ca 30,000 Mitgliedern ebenfalls schon weit über die hunderttausendste Hauptnummer hinaufgerückt trotz Arbeitslosenunterstützung, Krankenkassen 2c.

Ob der Vorstand gut gehandelt hat, die prinzipielle Seite dieser Frage so ganz zu ignoriren, will ich dahingestellt sein lassen, er wird es sich aber gefallen lassen müssen, daß man ihm sagt: gerade die heutige Zeit, wo man sich zu einem ungeheuren Schlage gegen die Arbeiterorganisationen rüstet (Zuchthausvorlage u. a. m.), läßt es angezeigt erscheinen, die Sache nach dieser Richtung hin nochmals gründlich zu erwägen und zu erörtern, wenn man sich nicht sagen lassen will: Anstatt in die Kampflinie zu rücken, verschanzt ihr einen Theil der kräftigsten Streiter in ein wohlversorgtes Lager und werden einige dieser Kämpfer im Kampfe um die Existenz verwundet (Arbeitslosigkeit ist eine solche Wunde), dann legt ihr denselben ein dünnes Pflästerchen in Gestalt einer Arbeitslosenunterstützung auf. Im Uebrigen beschränkt sich der Kampf mit dem Unternehmerthum auf schöne Reden und Parlamentiren. In schönen Reden, Petitionen, Resolutionen usw. sind die Hirsch-Duncker'schen ebenfalls groß und dies verleitet manchen Kollegen zu der gewiß falschen Annahme, die modernen Arbeiterverbände würden durch das Unterstützungswesen auf deren Standpunkt kommen. Davor wird uns der Instinkt der Masse bewahren; aber zahllose innere Kämpfe und Zerrissenheit werden unsere entschlossene Kraft und den Muth lähmen. Die „Kampffähigkeit" ist ja jetzt schon durch das Streikreglement derart eingeschränkt, daß es zu einem ordentlichen Streik gar nicht mehr kommt und es steht zu befürchten, daß in Zukunft noch mehr eingeschränkt wird. Zur Streikführung werde ich ebenfalls am Schlusse einiges vorschlagen.

Mit seinen Berechnungen glaubt der Vorstand nunmehr selbst den Ungläubigsten belehrt zu haben. Sehen wir uns diese einmal näher an; ich will nicht so boshaft sein zu behaupten: der Vorstand habe mit der großen Masse von Zahlen deren Güte ersetzen wollen, obwohl es den Anschein hat, sondern nur einige Blätter aus dem Kartenhaus herausnehmen, dann wird das Ganze wohl in sich selbst zusammenfallen.

Zunächst die Buchdruckerzahlen. Merkwürdig erscheint, daß man dieselben nur bis 1895 benützt hat. Man wollte beweisen, daß für Arbeitslosenunterstützung nicht mehr als für Reiseunterstützung wird aufgewendet werden müssen, dabei hat man aber die Verschiedenheit der Reiseunterstützungssätze nicht berücksichtigt. Während der deutsche Metallarbeiterverband nach einjähriger Mitgliedschaft pro Kilometer 2 ₰ oder Bahnreise 1 ℳ pro Tag, zusammen 30 ℳ in ein und demselben Jahre an Unterstützung zahlt, zahlt der Buchdruckerverband pro Tag rund 1 ℳ für 280 Tage in einer Dauer, also in Summa 280 ℳ und nach 13 Wochen sind diese Ausgesteuerten wiederum bezugsberechtigt. Mit anderen Worten: gewähren wir den Mitgliedern eine Reiseunterstützung wie die Buchdrucker, dann läßt sich eher von dem Exempel des Vorstandes sprechen. Sollte die Exemplifizirung auf den Buchdruckerverband überhaupt gemacht werden können, so wäre man gewiß schon früher bei der Reiseunterstützungsfrage darauf gekommen, dort wissen wir aber, war es der Vorstand, der die Einschränkung derselben empfohlen hat, weil sonst der Verband sich dann verbluten mußte. Man wird mir einwenden: zahlt die Beiträge wie die Buchdrucker, dann können wir alle derartigen Leistungen bieten. Abgesehen davon, ob dies möglich sein wird, können und wollen die Mehrzahl der Metallarbeiter diese Beiträge nicht zahlen, weil sie sich nicht an ihren andern Pflichten als Parteigenosse u. s. w. wie die meisten Buchdrucker vorbeidrücken wollen. Wenn der Vorstand die Buchdruckerzahlen anführte, so hätte er auch das Reglement (der Ortsunterstützung wie es bei den Buchdruckern heißt) nicht vergessen sollen.

Hiervon nur einige Proben: „Wer unterstützt wird, darf seinen Wohnort nicht wechseln." „Unverheirathete dürfen eine Kondition nach außerhalb ohne triftige Gründe nicht ablehnen." „Verschweigen von nur tageweiser Beschäftigung zieht den Verlust der Unterstützung für die jeweilige Arbeitslosigkeit nach sich." „Bei grober Selbstverschuldung der Arbeitslosigkeit u. s. w."

Ich bin nun der Meinung, daß diese Kautschukbestimmungen gewiß nothwendig sind, ich darf aber auch nicht verschweigen, daß der Bezug einer Unterstützung dadurch in weite Ferne gerückt wird, denn was kann ein Gauvorstand oder eine Ortsverwaltung nicht alles mit derartigen Bestimmungen, wenn er will, anfangen, wenn es zur Entscheidung kommen soll. Was triftige Gründe sind, was grobe Selbstverschuldung ist usw., da wird die Verwaltung immer anderer Meinung sein wie der Arbeitslose. Und wer wollte einen Menschen, der mal einen Tag oder ein paar Stunden während er Unterstützung bezieht, arbeitet, verdammen, zumal wenn er eine so geringe Unterstützung erhält, es wird aber geschehen müssen und eine große Erbitterung herbeiführen. Bis jetzt hat man sich allenthalben um diesen Punkt herumgedrückt, weil man weiß, daß man wie vor zwei Jahren schlecht damit abschneiden wird, man denkt: haben die Kollegen in ihrer Mehrheit einmal A gesagt, dann müssen sie auch B sagen, mit andern Worten: wenn wir erst mit unserer geliebten Arbeitslosenunterstützung zu Hause sind, wird sich schon Alles finden.

Helfe was da hilft, denkt weiter der Vorstand, als er die Berufs- und Gewerbezählung zur Hand nimmt und aus derselben die Zahlen nur so am Schnürchen herzieht. Habt ihr denn die tausende von Herbergen im ganzen Reiche vergessen, die tausende von arbeitslosen Metallarbeitern beherbergen? Diese Kollegen, das weiß ich aus Erfahrung, die pfeifen auf eine solche amtliche Zählung und der Herbergswirth ist froh, möglichst wenig Arbeit mit den „Kunden" zu haben. Die Heranziehung der Berufs- und Gewerbezählung zu dem Zweck der Feststellung der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie ist ganz unzulässig und der Gedanke daran wird bei keinem ernsthaften Statistiker aufkommen.

Bleibt noch die Erwähnung der ausländischen Organisationen mit ihren Beiträgen, da passirt nun dem Vorstand ein Malheur, das ein eigenthümliches Licht auf die Zuverlässigkeit des Materials, auf das sich der Vorstand stolz stützt, wirft. Es wird u. a. gesagt, daß die dänischen Kollegen 34 ₰ Beitrag erheben. In der folgenden Nummer der „M.-Z." berichtigt nun ein Kollege von Dänemark, daß der Beitrag nicht 34 sondern 57 ₰ beträgt. Offen gestanden, ich war starr als ich dies las, ich hielt es nicht für möglich, daß man sein Material so oberflächlich prüfen konnte, ohne diesen groben Fehler zu finden; wir dürfen doch verlangen, daß der Vorstand sein Material sorgfältiger prüft als es hier der Fall ist, denn angenommen, die Arbeitslosenunterstützung wird auf Grund der Vorstandsberechnungen eingeführt und es stellen sich später noch mehr solche Fehler heraus, dann muß doch unbedingt die Sache daran zu Grunde gehen. Der Vorstand hat hier, wie offenkundig zu Tage liegt, sehr leichtfertig gehandelt und wer bürgt uns dafür, daß dies bei den anderen Unterlagen nicht ebenfalls geschehen ist.

Ein Versehen liegt nicht vor, dies geht schon daraus hervor, daß eine Berichtigung oder Klarstellung dieses räthselhaften Vorganges nicht erfolgt ist.

Was lehrt uns aber der Vorgang? Die ganzen Rechenkunststücke sind Blendwerk; ich lasse mich nicht darauf ein, denn praktische Proben haben bedeutend mehr Werth.

In Kürze auch ein Wort den Befürwortern im Allgemeinen. Da ist es besonders ein Artikel von Gen. Hänisch in der „Neuen Zeit", der bemerkenswerth erscheint. Aber wie behandelt der Genosse die Sache? Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung sind „unsichere verschwommene Dinge." „Die Handschuhmacher, Kupferschmiede und Buchdrucker haben einen hohen Prozentsatz ihrer Berufsangehörigen organisirt, weil sie die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben." „Metallarbeiter, Maurer und Zimmerer haben einen niedrigen Prozentsatz organisirt, weil sie keine Arbeitslosenunterstützung haben." Diese haben „Stabilität" in ihrem Mitgliederbestande, jene „Fluktuation". Hier kommt „ein hoher Kassenbestand auf den Kopf jedes Mitgliedes", dort ein „geringer", dies alles nur allein durch die magische Kraft des Allheilmittels „Arbeitslosenunterstützung", andere Faktoren kommen für ihn gar nicht oder nur gering in Anschlag. Seht hin, ruft er aus, mit 10 ₰ pro Woche haben die Buchdrucker ihre ganze Arbeitslosenunterstützung bestritten! Dann wird aufgezählt, was alles mit 1.10 ℳ Wochenbeitrag geleistet worden ist. 1894 wurden für

Krankenunterstützung	301,931.84 ℳ
Begräbnißgeld	16,552.26 „
Reiseunterstützung	114,918.15 „
Arbeitslosenunterstützung	101,562.— „
Umzugskosten	16,921.40 „
An Arbeitsunfähige	15,967.— „

gezahlt. Leider schweigt sich Hänisch darüber aus, was für Lohnkämpfe, Streiks u. s. w. ausgegeben worden ist; jedenfalls sehr wenig oder gar nichts.

In einem Punkte stimmt Hänisch mit unserem Vorstand vollständig überein: Die Arbeitslosenunterstützung ist ein Werbemittel ersten Ranges, sagen Beide. Daraus geht doch klar und deutlich hervor, daß diese Unterstützung als solche nicht den großen Werth, beispielsweise den Menschen vor dem Verhungern zu schützen, hat, sondern nur zum Werben, zum Anlocken müssen wir einen Köder haben. Ist man aber so weit gekommen, so sollte man doch lieber offen sagen: was wir bisher gemacht haben, war Thorheit, wir müssen die Sache anders anpacken, dann würde doch eine reinliche Scheidung sofort herbeigeführt.

Bei Demjenigen, der den Gedanken ausspricht, als dürfe man vom Staat verlangen, daß derselbe für die Parias der Gesellschaft, die Arbeitslosen, etwas thun müsse, zweifelt Hänisch am klaren Verstande, übersieht es aber vollständig, daß die Gebiete, wo die Buchdrucker u. a. ihre Hauptunterstützungstriumphe feiern, heute schon staatlich belegt sind, und daß wir damit aus bekannten Gründen etwas sehr post festum kommen. Er sagt ferner nichts davon, daß wir bezüglich der Sozialgesetze heute auf einem ganz anderen Standpunkt stehen als vor 10 Jahren; heute gehen wir in die Ortskrankenkassen hinein, nützen die Invaliditätsversicherung aus, bekümmern uns um die Unfallrechtsprechung u. a. m. Die sechs Thesen Hänischs ihres Beiwerkes entkleidet, sagen die bekannte Formel der Unterstützungsfreunde her. „Die Arbeitslosenunterstützung ist das Mittel, um viel Mitglieder, viel Geld zu gewinnen, viel Noth und Elend den Arbeitern zu sparen, der Klassencharakter bleibt erhalten; es darf aber keine Verwechslung mit staatlicher oder kommunaler Versicherung stattfinden, denn diese sind sehr problematischer Natur."

Es ist mir nicht darum zu thun, mit Genossen Hänisch eine Diskussion darüber anzuspinnen, ich habe nur deshalb seine Ausführungen herangeholt, weil er besser und systematischer Alles zusammengetragen, was für die Sache ins Feld geführt werden kann als es je in der Metallarbeiter-Zeitung geschehen ist und weil seine Ausführungen typisch sind.

(Schluß folgt.)

Eine Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Hannover

fand am 2. Weihnachtsfeiertage in Peine statt. Auf der Tagesordnung stand: 1) Bericht und Abrechnung des Vertrauensmannes. 2) Bericht der Delegirten. 3) Agitation und Organisation. 4) Die bevorstehende Generalversammlung des Verbandes. 5. Wahl des Vertrauensmannes. 6) Anträge und Verschiedenes. Um 11 Uhr eröffnete der Vertrauensmann, Behle-Hannover, die Konferenz. In's Bureau wurde Behle-Hannover als 1., Grebe-Peine als 2. Vorsitzender, Bormann-Hannover als Schriftführer und Taute-Hildesheim als Führer der Rednerliste gewählt. — Zum ersten Punkt erstattete Behle Bericht. Aus demselben ging hervor, daß die Theilnahme an der Agitation erfreulicherweise eine bessere geworden ist; jedoch gäbe es immer noch eine Anzahl Ortschaften, in denen die Organisation keinen Fuß fassen könne. Die vereinbarten Beiträge seien leider nicht von allen Verwaltungen eingelaufen; jedoch schließt die Bilanz mit 120 ℳ Ueberschuß ab. —

Zum 2. Punkt erstatteten die einzelnen Delegirten Bericht über die Verhältnisse in den von ihnen vertretenen Orten. Aus allen Berichten war zu entnehmen, daß überall viele Mißstände vorhanden sind und es noch großer Arbeit in puncto Agitation und Organisation bedarf.

Zum 3. Punkte referirte Behle. Er betonte hauptsächlich, daß in Zukunft mehr als bisher in öffentlichen Versammlungen auf die Arbeiter eingewirkt werden müsse. Namentlich seien die Arbeiter über die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetze aufzuklären, sowie über die Bestimmungen des Koalitionsrechtes 2c. Auch sei die Statistik mehr als bisher zu pflegen.

Ueber den 4. Punkt referirte Bormann-Hannover. Auf der nächsten Generalversammlung werde die Debatte über den Ausbau der Organisation das Wichtigste sein. Es sei unbedingt ein engerer Zusammenschluß erforderlich. Die kleineren Organisationen könnten im Kampfe der Zukunft nichts nützen, man züchte dadurch nur „Drückeberger". Sodann sei auch insbesondere das Unterstützungswesen weiter auszubauen. Wenn man die Kollegen im Verbande dauernd halten wolle, so sei es nöthig, eine obligatorische Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Gerade diejenigen Arbeitslosen, die an die Scholle gefesselt sind, seien als Lohndrücker gefährlich, man müsse sie deshalb an den Verband zu fesseln suchen. Ohne eine Massenbetheiligung an der Organisation könne dieselbe ihren Zweck überhaupt nicht erfüllen. Nun sagten freilich die Gegner der Arbeitslosenunterstützung, daß man in Zeiten der Krisen die Arbeitslosen nicht über Wasser halten könne. Dieser Einwand ist hinfällig. Denn in den Jahren günstigen Geschäftsganges könnten Summen erspart werden, mit denen sich immerhin beträchtliche Hilfe schaffen lasse, während man sonst für solche Zwecke doch gar nichts habe. Redner ging dann auf die Berechnung des Vorstandes ein. Die vom Vorstand angenommenen 10 Prozent Arbeitsloser könnten Manchem einen Schrecken einjagen, dieser Satz sei aber zu hoch gegriffen. Aber auch bei diesem hohen Satze der Arbeitslosen lasse sich die Sache noch sehr gut durchführen. Der Vorstand habe den Satz so hoch genommen, um den Gegnern der Arbeitslosenunterstützung alles Material aus den Händen zu nehmen. Der Einwand, daß das Unterstützungswesen den Gewerkschaften den Charakter als Kampfesorganisation nehme 2c., „ziehe nicht mehr" bei aufgeklärten Arbeitern. Wer nicht Fanatiker sei, könne heute nicht mehr gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung stimmen.

Es entspann sich über diesen Punkt eine lebhafte Debatte. Gläser-Osnabrück will kein direkter Gegner sein, aber er stimme deswegen dagegen, weil die Sache nicht zöge und man müsse mit den vielen ungelernten Arbeitern rechnen, die heute noch mit dem Pfluge arbeiteten und morgen in der Fabrik sind, die wollten davon nichts wissen. Wir seien auch nicht in der Lage, noch mehr zu zahlen. Deya-Hannover führt aus, die Agitatoren, die für die Arbeitslosenunterstützung eintreten, mögen sie herkommen von wo sie wollen, sprechen nicht aus dem Herzen ihrer Mitglieder, sondern „im Sinne des Vorstandes". Die Berechnung des Vorstandes hinke. (Inwiefern sagt Redner nicht. D. Eins.) Die meisten Verheiratheten würden austreten, er selbst könne dann für die Zukunft die Agitation nicht mehr so aufnehmen. (Lachen.) Näther-Berlin als Vertreter des Vorstandes trat dem scharf entgegen, an der Hand von Beispielen wies Redner nach, daß die Organisation durch Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf einen besseren Stand käme. Fenske und Kreimeyer-Linden sind gegen, Unkelbach und Behle-Hannover für die Arbeitslosenunterstützung Eine Resolution (Bormann), in welcher die Einführung gefordert wird, wurde mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Der Delegirte von Lüneburg enthielt sich der Abstimmung Bemerkenswerth ist, daß der Delegirte von Alfeld dagegen stimmte, trotzdem er in seinem Berichte die Erklärung gab, daß die Alfelder Kollegen glauben, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde, bekämen sie die verheiratheten Kollegen von der Karlshütte eher in den Verband.

Beim 5. Punkt wurde Behle-Hannover als Vertrauensmann wiedergewählt. Auf Antrag von Bormann erhielt derselbe für seine Thätigkeit eine Entschädigung von 80 ℳ zugebilligt. Angenommen wurden folgende Anträge: 1) Für je 200 Mitglieder einer Verwaltung ist in Zukunft 1 Delegirter zu der Konferenz zu wählen. 2) Der Agitationskommission gehören an: Der Vertrauensmann und 5 Beisitzer, die in einer kombinirten Versammlung zu Hannover gewählt werden. 3) Dem Vertrauensmann wird es zur Aufgabe gemacht, für Hannover und Linden eine Statistik zu erheben und dieselbe in Brochürenform herauszugeben. 4) Von der Gesammteinnahme sind bei Verwaltungen von 200 Mitgliedern 8 Prozent, bei kleineren Verwaltungen 2 Proz. für die Agitation abzuliefern. 5) Die nächste Konferenz soll in Hannover stattfinden.

Darauf erfolgte mit einem Hoch auf den Verband um 9¼ Uhr Abends Schluß der Konferenz.

Der Schriftführer: Otto Bormann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Aenderungen in den Zentralwahlkomitees.

Wegen Annahme einer Kandidatur übernehmen an Stelle der bekanntgegebenen Vorsitzenden die nachstehend verzeichneten Kollegen den Vorsitz für das Zentralwahlkomitee der

50. Wahlabtheilung:

Ludwig Orken, Dreher, Linden-Hannover, Stärkestr. 26.

* * *

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß noch eine **Anzahl Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung** zur Verfügung stehen und hat der Vorstand beschlossen, dieselben zu einem billigeren Preise an die Verwaltungsstellen abzugeben. Sobald der Betrag gleich mit der Bestellung eingesandt wird, soll das Stück mit 10 ₰ abgegeben werden. Bei dem großen Interesse, das der Frage der Arbeitslosenunterstützung jetzt zugewendet wird, dürfte eine Kenntniß der Verhandlungen über diesen Punkt sehr zur Klärung der Sache beitragen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß das Referat des Genossen Segitz über **das Unterstützungswesen in den Gewerkschaften** in einer Broschüre im Druck erschienen ist. Der Vorstand hat beschlossen, denjenigen Verwaltungen und Bevollmächtigten, die diese Broschüre im Interesse der Klärung dieser Frage zu verbreiten wünschen, sie ev. gratis zur Verfügung zu stellen. Indem wir den Verwaltungsstellen, die sich wenig oder gar nicht mit dieser Frage beschäftigt haben und in deren Reihen noch Unklarheit herrscht, angelegentlichst die Verbreitung dieser Schrift empfehlen, ersuchen wir um baldige Bestellung.

* * *

Anschließend an unsere Bekanntmachung in Nr. 48 d. Ztg. machen wir bekannt, daß auf der Generalversammlung zur Berathung kommende Anträge **zehn Wochen** vor Eröffnung der Generalversammlung an den Vorstand eingesandt sein müssen und ersuchen wir, die Einsendung derselben so zeitig zu bewerkstelligen, daß sie **spätestens am 21. Januar 1899** in unseren Händen sind.

Die Anträge bitten wir auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben und hierbei darauf zu achten, daß nur eine Seite des Blattes beschrieben wird.

* * *

Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten:

Nr.
37464 des Drehers Theodor Niebuhr, geb. zu Sicker am 23. Juni 1874.
86431 des Schleifers Max Seeländer, geb. zu Berlin am 22. Juli 1876.
111672 des Feilenhauers Josef Mölders, geb. zu Duisburg am 28. März 1863.
180719 des Schlossers Richard Scharschmidt, geb. zu Wüstenbrand am 8. Dezember 1874.
184383 des Formers Paul Wenzel, geb. zu Bunzlau am 17. Dezember 1879.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstelle Eßlingen:

die Polisenen: Marie Bauer, geb. zu Göppingen am 1. Mai 1860, B.N. 267728,
Elise Hermann, geb. zu Altbach am 10. Okt. 1875, B.N. 267,730.
Margarethe Schuster, geb. zu Schwäb. Gmünd am 13. Juni 1860, B.N. 282,034,
Anna Wallenmayer, geb. zu Eßlingen am 30. Oktober 18 7

wegen Streikbruchs;

auf Antrag der Sektion der Schmiede zu Nürnberg:

der Schmied Georg Simmel, geb. zu Senkofen am 13. Februar 1867, B.N. 129,484, wegen Verdächtigung eines Mitgliedes beim Unternehmer zur Erlangung von dessen Arbeitsplatz.

auf Antrag der Verwaltungsstelle Wilhelmsburg a. Elbe:

der Schmied Edmund Tallenstein, geb. am 20. November 1877 zu Salzwedel, B.N. 178,000, wegen Veruntreuung.

* * *

Der Schlosser Otto Micher, geb. am 6. Februar 1874 zu Blankenburg, B. Nr. 51 053, wird hierdurch aufgefordert, über die von der allgemeinen Verwaltungsstelle in Essen entnommenen Beitragsmarken umgehend abzurechnen.

Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden ersucht, Micher im Betretungsfalle zur Erfüllung seiner Verpflichtung anzuhalten.

* * *

Der Klempner Max Wagner aus Köthen, geb. am 7. Februar 1874, B.N. 278157, wird hierdurch zur Rechtfertigung aufgefordert. Er wird beschuldigt, in Dessau an die Firma Junkers einen Brief geschrieben zu haben, in dem er seine Nebenkollegen als Faullenzer hingestellt und behauptet hat, bei einer Arbeit, bei der die Kollegen bei angestrengter Thätigkeit Mk. 27—30 verdienten, Mk. 60 pro Woche verdienen zu wollen. Sollte Wagner sich bis zum 18. Januar 1899 nicht gegen diese Beschuldigung vertheidigt haben, so würde ohne seine Rechtfertigung abzuwarten sein Ausschluß erfolgen.

* * *

Alle für den Verband bestimmten **Geldsendungen** sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/I,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

* * *

Quittung

über die vom 1. bis 31. Dezember 1898 bei der Haupthasse eingegangenen Verbandsgelder.

Von: Aachen ℳ 90. Altenburg 800. Altona 600. Aschaffenburg 60. Aue 66,55. Augsburg 200. Barmen 275. Berlin 9000. Bernburg 150. Bieber 42. Bielefeld: Allg. 1000, Feilenhauer 18, Klempner 50. Bochum 200. Bockenheim 884,80. Brackwede 74. Brandenburg 700. Bremen: Allg. 300, Heizer 39,50. Breslau: Allgem. 100, Klempner 83,32. Büdelsdorf 150. Bünde 87. Burg 170. Burgstädt 151,20. Cannstatt: Allg. 200, Schmiede 90. Cassel 250. Chemnitz 800. Cöln, Klempner 140. Cöpenick 15. Cöthen 136,43. Crimmitschau 250. Darmstadt 70. Delitzsch 20. Delmenhorst 17,30. Dessau 150. Diesdorf 73,16. Dortmund, Klempner 85,20. Döbeln 100. Dresden-A. 600. Dresden-N. 589,12. Driesen a. N. 20,70. Durlach 170. Eilenburg 100. Eisenach 50. Elberfeld 75. Elbing 55. Elmshorn 50. Erfurt, Klempner 90. Essen a. d. Ruhr 100. Eßlingen: Allg. 163,91, Schmiede 100. Fermersleben 30. Flensburg 400. Forst 100. Frankenthal 150. Frankfurt a. Main: Allgem. 400, Mechaniker 100, Frankfurt a. O. 110. Freiberg i. S. 54,15. Freiburg i. Br. 80. Fürstenwalde 70. Fürth: Allg. 100, Metalldrücker 129, Schläger 400, Silberschläger 42,24. Gablenz 100. Gera 200. Gerasmühle 36,15. Glückstadt 40. Görlitz 80. Göttingen 45. Greiz 60. Griesheim b. D. 35. Groitzsch 132,80. Großenhain 29,20. Großottersleben 309. Hainholz 80 Hainichen 47. Hall, Schwäb. 23,35. Halle a. S. 150. Hamburg: Allg. 2000, Feilenarb. 20, Heizungsfach 150, Klempner 400, Werkzeugarbeiter 84,60. Hannover, Klempner 100. Harburg: Allgem. 200, Klempner 60. Heidelberg 70. Heidenheim 100. Itzehoe 40. Kalk 135. Kappel 180. Karlsruhe, Blechner 156,45. Karlsruhe-Mühlburg 134,40. Kiel 190. Landau 36. Landsberg a. Warthe 70. Langenberg b. G. 40,50. Lauchhammer 400. Leer 100. Leipzig 1200. Leipzig-West 300. Liegnitz 70. Limbach 60. Linden 300. Lollar 200. Lübeck: Allg. 200, Klempner 80. Luckenwalde 60. Ludwigsburg 17,40. Ludwigshafen 400. Lüneburg 40. Magdeburg: Alte Neustadt 136,01, Buckau 500, Neustadt 100, Sudenburg 593,45, Klempner 160,50, Installateure 72,38. Mainz 200. Mannheim: Allgem. 950, Bauschlosser 60. Marburg 30. Mehlis 130. Meißen 160. Merseburg 100. Mögeldorf 156,45. Mühlheim a. M. 160. München: Feilenhauer 136,60, Mechaniker 40, Metallgießer 70,05, Monteure 196,70, Schleifer 40,35, Siebmacher 35,52, Spengler 400, Zinngießer 152,70, Rechts d. Isar 300. Neudamm 40. Neu-Isenburg 97,95. Neumarkt i. d. Oberpf. 42,55. Nürnberg: Allg. 2630, Flaschner 670, Former 575,45, Rothgießer 500, Schleifer 100, Schmiede 680, Zinngießer 135,75. Obertürkheim 45. Oberursel 100. Offenbach: Allgem. 200, Former 100. Oldenburg 40. Olvenstedt 122,90. Osnabrück 100. Oschatz 45. Pegnitz 129,75. Penig 50. Pforzheim 100. Plauen i. Vgtl. 50. Potschappel 120. Pries 215. Prösen 200. Quedlinburg 90. Rade v. Wald 33. Raguhn 32. Rathenow: Brillen- und Pincenezarbeiter 69,84, Einschleifer 150,98, Optische Etuisarbeiter 65,40. Reichenhain 180,40. Rendsburg 80. Reutlingen 60. Riesa a. d. Elbe 110. Rosenheim 40. Roßlau 120. Roßwein 40. Sagan 9,80. Salzungen 35. St. Georgen 30,70. Salbke-Westerhüsen 128,25. St. Johann 11. Solingen 60. Schnigling-Doos 100. Schönebeck 95. Schramberg 63,60. Schwabach: Allg. 267,20, Aluminiumschläger 58,40, Feingoldschläger 269,17. Schweinfurt 200. Staßfurt 110,10. Steglitz 60. Stettin 150. Straßburg i. Els. 100. Stuttgart, Mechaniker 81,50. Stuttgart-Ostheim 102,90. Thale 40. Torgelow 200. Triberg 50. Urberach 94,35. Vegesack 90. Vetschau 125. Weinheim 102,30. Weißenburg a. S. 6,37. Weißenfels 70. Wilhelmshaven-Bant 200. Wunstedel 27,15. Wurzen 100. Zeitz 100. Zerbst 51,55. Zittau 58. Zuffenhausen 40,20. Einzelmitglieder der Hauptkasse 130. Für: Ersatzbücher 7,40. Segitz-Broschüren 0,10. Ueberwiesener Rest der Sammlung vom englischen Maschinenbauerstreik 470,59. Zeitungsabonnement inkl. Porto 4,08 Ueberwiesene Sammlung von Groitzsch 20,65. Zurückbezahlte Schuld von: Fr. Hofmann, Berlin 50. W. Bohmann, Leipzig 4. Sonstige Einnahmen 1,43.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden dringend gebeten, die vorstehende Quittung genau durchzusehen und etwaige Anstände sofort nach hier mitzutheilen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Metall-Arbeiter.

Apolda. In der letzten Mitgliederversammlung erstattete der Bevollmächtigte Bericht über die Thätigkeit der Ortsverwaltung im verflossenen Jahre. Der Mitgliederstand war am 5. März bei Uebernahme des Bevollmächtigtenamtes durch Osterloh 28, inzwischen wurden aufgenommen 23, zugereist sind 13, übergetreten ist 1, verzogen und abgereist 19, gestrichen 14, freiwillig ausgeschieden 3, mithin verbleiben 29 Mitglieder. In die Ortsverwaltung wurden gewählt als Bevollmächtigter Wilh. Osterloh, Feilenhauer, als Kassier Carl Six, Schlosser, als Revisoren Hermann Mötz, Paul Schlechte und Paul Streine. Als Kartelldelegirte werden Osterloh und Scholz gewählt. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Leber-Jena vorgeschlagen.

Auerbach. Die am hiesigen Orte ansässigen Mitglieder des D. M.-V. erklärten sich in einer Versammlung, nachdem Kollege Rohrlack-Berlin die nothwendigen Erläuterungen gegeben hatte, damit einverstanden, daß die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden möge. Bis jetzt sind 36 Mitglieder dem Verband beigetreten, doch wurde von der Errichtung einer Verwaltungsstelle bis auf Weiteres Abstand genommen. Behufs Zahlung der Beiträge werden die Mitglieder gebeten, sich Sonnabend, den 14. Januar, Abends halb 9 Uhr, im „Schützenhaus" einzufinden.

Berlin, 8. Jan. Die heutige Generalversammlung des D. M.-V., von 1800 Personen besucht, hat gegen ca. 60 Stimmen sich für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erklärt.

Duisburg. In der letzten Mitgliederversammlung wurden gewählt: Adolf Bittner als Bevollmächtigter, Duisburg-Hochfeld, Reichsstr. 168, Wilh. Querfort als Kassirer, Duisburg-Neuddrf, Kurzestr. 7, Anton Tewes als Schriftführer, Tewes, Müller und Meinecke als Revisoren, Müller, Feldstr. 9, zur Auszahlung der Reiseunterstützung. Als Delegirter zur Velberter Konferenz wurde Kollege Jünk gewählt, als Kandidat zur Generalversammlung Kaspar aufgestellt. Im letzten Jahre hat sich unsere Mitgliederzahl fast verdoppelt und der Besuch der Versammlungen ist ein viel regerer als früher, nur müssen wir das Verhalten verschiedener zugereister Kollegen rügen. So arbeiten bei der Firma Bernighaus mehrere Verbandskollegen, die es trotz mehrmaliger Aufforderung nicht der Mühe werth hielten, sich anzumelden. Nächste Mitgliederversammlung am 14. Januar, Abends halb 9 Uhr, bei Pfilz, mit Vortrag über Arbeitslosenunterstützung. Unsere Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage statt.

Freiburg i. B. In der letzten Mitgliederversammlung wurde die alte Ortsverwaltung wiedergewählt. Als Delegirter zur Konferenz in Karlsruhe wurde der Bevollmächtigte Gerle einstimmig gewählt. In der darauffolgenden Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung sprachen sich die meisten Kollegen für dieselbe aus, nur die 10 ₰-Beitragserhöhung auf einmal sei zu viel. Dem Delegirten zur Konferenz wude es in dieser Frage überlassen, nach bester Ueberzeugung zu stimmen. Allgemein wurde gewünscht, daß etwas mehr Agitation in Baden für unsern Verband am Platze wäre und möge die Konferenz demgemäß beschließen.

Gießen. In der am 17. Dezember v. J. abgehaltenen Versammlung wurde in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Gustav Krausch, Wettergasse 5, III, als Kassier Georg Dehmer, Krohdorferstr. 13, III, als Revisoren: Heinrich Lich, Karl Seipp und Wilh. Klöß. — Betreffs Arbeitslosenunterstützung war die Versammlung einstimmig gegen jede Erhöhung der Beiträge, weil die kleineren Provinzstädte einen Nutzen von der Arbeitslosenunterstützung nicht haben können und durch den hohen Beitrag in der Agitation lahmgelegt werden. Zum Delegirten der Generalversammlung wurde Wilh. Nau in Vorschlag gebracht, als Delegirter zu der Bezirkskonferenz in Mainz Dahmer gewählt.

Heidelberg. In der am 17. Dezember abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde als Bevollmächtigter L. Schindler, Schlosser, Georg Leh, Dreher, als Kassirer, als Revisoren Joh. Josbächer, Schlosser, W. Walter, Dreher und Karl Schoch, Schlosser, gewählt. Es ist Pflicht der Kollegen, im neuen Jahre die Versammlungen regelmäßig und zahlreich zu besuchen, sowie recht fleißig für den Verband zu agitiren, da hier ein großes Arbeitsfeld zu bestellen ist und die Mißstände aufzudecken und abzuschaffen sind. Dazu ist die Mitarbeit eines jeden Kollegen nothwendig.

Itzehoe. Wegen Lohndifferenzen ist Zuzug von Schlossern und Schmieden fernzuhalten.

Kiel. In der am 4. Januar abgehaltenen gemeinschaftlichen Versammlung beider Verwaltungsstellen referirte Kollege Wissell über die Arbeitslosenunterstützung. Nachdem Redner die Vortheile derselben für die Mitglieder, sowie ihren agitatorischen Werth für den Verband selbst genügend klar gelegt, wurde eine Resolution angenommen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und der Generalversammlung die Annahme des Antrages des Hauptvorstandes empfiehlt. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Wissell vorgeschlagen und an dessen Stelle zum Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees der derzeitige Bevollmächtigte der allgemeinen Verwaltungsstelle H. Saß bestimmt. Hierauf wurde der Jahresbericht der Agitationskommission für Schleswig-Holstein verlesen und von allen Diskussionsrednern ihre Zufriedenheit mit den Arbeiten der Kommission Ausdruck gegeben.

München. (Sektion der Metallgießer.) In der Versammlung am 17. Dez. gab der Bevollmächtigte einen kurzen Bericht. Die Sektion habe seit ihrer Gründung am 27. August einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen, indem sie auf 54 Mitglieder gestiegen sei. Der Kassenbericht gab zu keinen Beanstandungen Anlaß. In die Verwaltung wurde als Bevollmächtigter Seiler, als Kassier Schreier, als Revisoren Taschner, Wurm und Schlag gewählt. Ein Antrag von Schlag auf Einführung des Arbeitsnachweises vom Januar ab fand einstimmige Annahme. Johann Schreier, Baldestr. 8, III, wurde als Leiter des Arbeitsnachweises ge- Das Umschauen der hiesigen sowie der auswärtigen Kollegen ist also verboten. Nach einem früheren Beschluß erhalten durchreisende Kollegen von der Sektion der Metallgießer ein Ortsgeschenk von 60 ₰, das bei Schlag in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags und von 7—8 Uhr Abends, an Sonn- und Feiertagen von 11—12 Uhr zu erheben ist. Ueber den 1. Mai entwickelte sich nach einer Einleitung von Seiler eine Diskussion; die Redner waren für die Freigabe des 1. Mai, jedoch müsse man erst in den Fabriken, wo Metallgießer beschäftigt sind, mit den andern Branchen in Verbindung treten. Ein Antrag auf Vertagung dieser Frage bis zum ersten Samstag im Februar wurde angenommen.

München. Am 11. Dez. d. J. fand beim Lohewirth eine Fabrikversammlung für die Arbeiter der Maschinenbaugesellschaft München statt, die hauptsächlich von den älteren Arbeitern sehr zahlreich besucht war. Nachdem von der Arbeiterschaft selbst der Wunsch nach Schaffung eines Arbeiterausschusses laut wurde, fand eine dahingehende Resolution einstimmige Annahme. Die Resolution sollte der Direktion unterbreitet werden mit dem Ersuchen, derselben in der Fabrik Geltung zu verschaffen. Ebenso wurden der Direktion 10 Arbeiter als Kandidaten in Vorschlag gebracht, die von den Arbeitern in der Fabrik gewählt werden sollten. Mit der besten Hoffnung, die Direktion werde diesem geringen Wunsche der Arbeiter Rechnung tragen, trennte man sich. Jedoch die Rechnung war ohne den Wirth gemacht. Nach Uebergabe der Resolution an den Herrn Werkmeister zur Weiterbeförderung wurde nach ein paar Tagen den Ueberbringern vom Werkmeister folgender Bescheid zu Theil: Ein Arbeiterausschuß sei nicht nothwendig; der Betrieb sei für einen Arbeiterausschuß zu klein; jeder Arbeiter könne seine Beschwerde vorbringen (dieselbe soll schriftlich eingereicht werden) und wem nicht entsprochen werde, der könne ja gehen; Unzufriedene gäbe es überall, darunter seien aber die 10 Kandidaten, die vorgeschlagen seien, nicht gemeint u. s. w. Man schildert die vorgeschlagenen Arbeiter als ganz anständlich, will aber weder sie noch den Arbeiterausschuß anerkennen. Kurz, bündig und deutlich, nicht wahr? Der verehrlichen Fabrikleitung wollen wir aber verrathen, daß hier in Fabriken mit ca. 100 Arbeitern Arbeiterausschüsse zu beiderseitiger Zufriedenheit wirken. Also zu klein wäre der Betrieb mit ca. 300 Arbeitern wahrhaftig nicht. Ebenso sind die Arbeiter betreffs der Nothwendigkeit anderer Ansicht. Es muß doch zugegeben werden, daß eine 11stündige resp. 64stündige Arbeitszeit wöchentlich, die noch durch sehr viele Ueberstunden und Sonntagsarbeit bedeutend verlängert wird, wofür aber keine Mehrvergütung erfolgt, nicht in alle Ewigkeit bestehen bleiben kann. Was kann hier der einzelne Arbeiter ausrichten? Oder sollten vielleicht diese Zeilen schon zu einer Besserung beitragen? Daß die Direktion gewissermaßen ein Recht zu derartigem Verhalten hat, wollen wir gerne zugeben, denn sie kann sich getrost auf einen Theil ihrer Arbeiter berufen (der jedoch der weit geringere ist), welche willig und gerne Ueberstunden und dergl. machen, jedoch einer besseren Bezahlung sehr zugänglich sind. Die Leute denken eben, je mehr Stunden, je mehr Geld, alles andere ist Nebensache. Wir fragen nun, ohne den Arbeitern zu nahe treten zu wollen, wie lange sie durch ein derartiges Verhalten sich noch zu solchen Freunden der Gesammtarbeiterschaft gegenüber hergeben wollen? Wie lange sie noch die Direktion zu solchem Verhalten geradezu herausfordern und unwissentlich unterstützen? Wollt Ihr es nicht anders haben, gut: dann sollt Ihrs haben wie Ihrs verdient. Der größere Theil der Arbeiter wird sich damit abzufinden wissen. Wir werden aber sämmtlichen Arbeitern zur Aussprache Gelegenheit geben und würden es mit Freuden begrüßen, wenn sie dann alle anwesend wären.

Neustadt in M. Am 20. Dez. v. J. sprach in einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung Genosse Starosson-Rostock über das Thema: Können die Arbeiter den Wohlfahrtseinrichtungen Interesse entgegenbringen? Redner erläuterte die Entwickelung der kapitalistischen Produktionsweise und kam sonach auf die Verhältnisse in der hiesigen Maschinenfabrik und Eisenkonstruktionswerkstätte von Hornay u. Rödler zu sprechen, wobei er besonders das hier in Blüthe stehende Strafsystem und Ueberstundenwesen geißelte. Der von der Fabrikleitung angestrebte Bau von Arbeiterkasernen und sonstige Machenschaften wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Referent führte die Schatterseiten einer derartigen Einrichtung durch eine Reihe von Beispielen vor Augen. In einer Resolution wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Stadtverwaltung zur Beschaffung von Arbeiterwohnungen die Initiative ergreifen möge.

Offenbach a. M. Am 26. Dezbr. hielt die Zahlstelle der hiesigen Metallarbeiter ihre Mitgliederversammlung ab, welche sich hauptsächlich mit den Anträgen zur Kreiskonferenz sowie Generalversammlung beschäftigte. Der Antrag des Hauptvorstandes, die Arbeitslosenunterstützung mit einer Beitragserhöhung von 10 Pfg. pro Woche einzuführen, wurde voll und ganz anerkannt. Es wurde von mehreren Kollegen betont, daß durch Einführung derselben eine festere und kampfesfähigere Organisation zu Stande kommt, als bisher, man wird die verheiratheten und ansässigen Arbeiter mehr gewinnen, es wird der häufige Wechsel und Austritt theilweise beseitigt, die Mitglieder werden dadurch, daß sie wissen, von Jahr zu Jahr mehr Unterstützung zu erhalten, von selbst mehr an den Verband gebunden. Sollte auch die Mitgliederzahl in der ersten Zeit der Einführung zurückgehen, was schließlich zu erwarten ist, so steigt sie später doch wieder. Den Beweis haben wir nach der Generalversammlung in Magdeburg gehabt, woselbst auch eine Erhöhung der Beiträge stattfand. Ferner werde man durch Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen ihr Hauptagitationsmittel entziehen, welche uns bis jetzt besonders im Osten ein starker Hemmschuh gewesen sind. Der Antrag des Hauptvorstandes wurde einstimmig angenommen. Zum weiteren wird bemerkt, es sei ein großer Fehler, wenn sich ein Delegirter schon vorher verpflichtet oder verpflichten läßt, für oder gegen einen bestimmten Antrag zu stimmen, denn es wird auf der Generalversammlung mancher Delegirter eines andern belehrt, durch seine Gebundenheit aber gezwungen, gegen seine bessere Einsicht zu handeln. Unserem Delegirten wollen wir es frei überlassen, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Ferner wird ein Antrag angenommen, welcher dahin lautet, für tausend Mitglieder nur einen Delegirten zu wählen. Diese Anträge werden zunächst der Kreiskonferenz in Mainz unterbreitet, um etwas gemeinschaftliches für Hessen und Hessen-Nassau zu beschließen. — Die Firma Krupp in Essen sucht durch unseren städtischen Arbeits-Nachweis 30—40 Schlosser. Es werden die Metallarbeiter Offenbachs gewarnt, diesem Lockruf zu folgen, da Arbeiter, welche daselbst 8—10 Jahre gearbeitet haben und hohe Beiträge in die Fabrikkranken- und Pensionskassen geleistet haben, entlassen wurden, ohne ihr Geld herauszubekommen; für dieselben werden junge Leute eingestellt, welche einen Verdienst von 2,50—2,80 ℳ täglich erhalten und dasselbe zu erwarten haben, wie ihre Vorgänger.

Pfungstadt. Der hiesige Spenglermeister Bauer glaubte einen Kollegen auch mit einem besonderen Weihnachtsgeschenk überraschen zu müssen. Er gab demselben, der schon mehrere Jahre zu seiner Zufriedenheit bei ihm gearbeitet hatte, zu Weihnachten seine Entlassung. Wie uns der Kollege mittheilte, ist es ein nichtssagender Grund gewesen, der Bauer veranlaßte, den Arbeiter mitten im Winter aufs Pflaster zu setzen. Da betreffender Kollege auch schon jahrelang Mitglied des D. M.-V. ist, so machen wir die organisirten Kollegen, die in Pfungstadt Arbeit suchen, auf diesen Fall aufmerksam.

Schönebeck a. E. In der letzten Mitgliederversammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: Wilh. Schütze als Bevollmächtigter, Gr.-Salze, Magdeburgerstr. 55, Rud. Spann, Wörth 6, als Kassirer, Karl Paschold, Kaiserstr. 45, als Schriftführer, W. Gnieß, W. Vogt und W. Flinke als Revisoren. — Kollegen! An Euch ergeht die Mahnung, unseren Versammlungen mehr Interesse entgegen zu bringen, als wie es bis jetzt geschehen ist. Zeigt, daß Ihr gesonnen seid, mitzuarbeiten zum Gedeihen unserer Organisation, überlasset nicht die ganze Arbeit, die Agitation, der Verwaltung allein.

Torgelow. In der Versammlung am 30. Dezember wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als 1. Bevollmächtigter: Otto Jahrmann, als 2. Bevollmächtigter Ferd. Kaub, als 1. Kassier Gustav Schmann, als 2. Kassier Wilh. Trumpe, als Revisoren Friedr. Peters, August Krebs und Jul. Olk, als Bibliothekar Karl Götz. — Es wäre zu wünschen, daß die Mitglieder im Beitragzahlen pünktlicher wären; Gelegenheit dazu ist gegeben Sonnabends von 8—10 Uhr Abends und Sonntags von 8—12 Uhr Vormittags bei Gastwirth Bentsche.

Wandsbeck. Generalversammlung am 20. Dezember bei Dänecke. Kollege Junge aus Hamburg hielt einen Vortrag über unsere nächste Generalversammlung. Er betonte, daß dieselbe sich wohl hauptsächlich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung und der Erhöhung der Beiträge beschäftigen würde und wies darauf hin, wie nothwendig dieselbe für uns wäre, denn dadurch könnten wir die älteren und an den Ort gebundenen Kollegen heranziehen, und der Verband könne durch Erhöhung der Beiträge seinen Mitgliedern mehr bieten und sie kampffähiger machen. Mancher würde hierdurch davor bewahrt, seiner heiligsten Rechte verlustig zu gehen, wenn er durch Arbeitslosigkeit gezwungen sei, Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Ueber die Arbeitslosenunterstützung entspann sich eine lebhafte Debatte, bei der im Allgemeinen eine günstige Stimmung dafür zu Tage trat. Zu der am 15. Januar stattfindenden Konferenz in Neumünster wurde Schulz als Delegirter gewählt. In der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Schneider Bevollmächtigter, Schulz Kassirer, Frahm, Schloma, Reifner Revisoren; als Gewerkschaftsdelegirte wurden Schloma und Schulz, als Stellvertreter Hoffmann und Fram gewählt und als Kandidat zur Generalversammlung wurde Schneider aufgestellt.

Feilenhauer.

Düsseldorf. Der Rheinisch-westfälische Feilenindustriellenverband erläßt in seinem Verbandsorgan einen Aufruf an alle Feilenindustriellen Deutschlands behufs Beitritt. In dem Aufruf heißt es u. A.: Die Streiks der Feilenhauer würden nicht immer zur Besserstellung der Lage der Arbeiter benutzt, sondern häufig dazu, um eine Kraftprobe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzustellen. Also aus wahrer Wollust streiken die Feilenarbeiter. Eine solche Unverschämtheit hat sich bis dato noch kein Unternehmerverband geleistet. Und das erlauben sich die Unternehmer einer Branche, in der sich die Arbeiter plagen müssen, wie in fast keinem anderen Industriezweig! Für welchen Schundlohn? Dann heißt es weiter, die größte Zahl der Arbeiter und zwar die besseren, erfahreneren, würden „uns" Dank wissen und freudevoll aufathmen, daß „wir" sie von dem jetzigen Terrorismus der einsichtslosen, schlechten und zum großen Theil jungen Arbeiter unserer Branche befreien und gar bald wird wieder die Zeit eintreten, wo das Verhältniß zwischen beiden Theilen ein angenehmes und haltbares wird. Die Herren ärgern sich wohl darüber, daß sie mit den jungen Feilenarbeitern nicht so umspringen können, wie sie wollen. „Es müsse allen unvernünftigen, übertriebenen Forderungen von unerfahrenen Arbeitern, die nicht die geringste Ahnung davon haben, mit welch starker Konkurrenz wir in der Remscheider Feilenfabrikation mit ihrer Hausindustrie zu rechnen haben, ein entschiedenes geschlossenes „Nein" entgegengesetzt werden." Auf einmal? Ein in Unternehmerpraktiken ganz unerfahrener Feilenarbeiter erlaubt sich nun dem Herrn Verbandsvorsitzenden H. Wildschütz Folgendes in's Stammbuch zu schreiben: Der einzige Lieferant für die Patronenfabrik in Düsseldorf war der Feilenhauermeister Faust. Herr Wildschütz (Firma Wildschütz & Cie.), der jedem Unternehmer Konkurrenz bieten wollte, that dies hier auf folgende Weise: Er kam eines Tages in die Werkstatt und erklärte seinen Gesellen, er habe einen großen Auftrag bekommen für die Patronenfabrik, müsse aber das Kilo 4 ₰ billiger liefern, davon wolle er 2 ₰ tragen „und Ihr (die Gesellen) bekommt 2 ₰ weniger". Dies wurde aber von den Feilenhauern rundweg abgelehnt. So geschehen vor ca. einem Jahre! Herr Wildschütz denkt wohl, die Feilenarbeiter sind auf den Kopf gefallen? O nein! Wenn die Herren, die jetzt an der Spitze stehen, anderen Unternehmern Konkurrenz machen, dann können auch die Feilenarbeiter etwas mehr für ihre schwere Arbeit verlangen. Im Uebrigen wird sich noch mancher Unternehmer einige Jahre zurückerinnern, und zwar an den früheren Verbandsvorsitzenden der Industriellen, Heinz in Ludwigshafen. — Berufsgenossen, Feilenarbeiter Deutschlands, schaart Euch zusammen, Mann für Mann, wir wollen beweisen, daß wir einig sind — Jung und Alt! — Das Organ der Feilenindustriellen wird um Abdruck gebeten.

Glauchau. Von Herrn Weiß, Feilenhauermeister, erhalten wir eine Zuschrift, in der es heißt: „Sehe mich veranlaßt, den in Nr. 52 enthaltenen Artikel etwas zu erläutern. Herr B. fühlte sich beleidigt, weil ich die Arbeit nachrechnete, ob die Gesellen auf ihren Lohn kommen, da sie die letzte Zeit sehr flau arbeiteten. Das hat wohl ein Meister nicht nöthig, sich zu Gesellen zu stellen und große Bierreden zu halten, damit sie noch flauer arbeiten; fällt mir auch nicht ein, Frühstücks- und Vesperzeit durchzuarbeiten, sondern es war nur die eine Woche, wo die Arbeit sehr nöthig war und bis 10 Uhr gearbeitet werden mußte. Freitag, den 2. Dezember traten sie mir schroff entgegen als ich in die Werkstelle kam und verboten mir, nach dem Feierabend die Arbeit nachzusehen oder zu arbeiten und meine Frau in die Werkstelle zu lassen, die mir mithelfen muß. Wenn sie aber der Frau Meisterin einen halben Liter Schnaps ablocken konnten, dann war es gut. Auch macht der dritte Geselle nicht den Lautjungen, sondern die anderen 2 Gesellen gaben ihm in der Trunkenheit den Korb mit, obwohl er zu der Kleinigkeit keinen brauchte. Ich habe nicht gesagt, wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen, ich gebe Euch noch 50 ₰ auf den Weg, damit Ihr noch einmal einkehren könnt, sondern nur gesagt: Wer hier aufhört, dem gebe ich 50 ₰ auf den Weg, damit er mich nicht schlecht macht, weil mir ein Meister die Gesellen weglocken wollte. Und die Gründe dazu sind, daß Herr B. nicht denselben Lohn hatte wie die Anderen, weil er in der Arbeit viel weiter zurück war; als derselbe bei mir anfing und ich ihm halbrunde Feilen gab, hatte er dieselben so verdorben, daß ich mich schämte, sie abzuliefern. Ich gab ihm aber den versprochenen Lohn von 35 ₰ die Stunde. Bei mir ist der Stundenlohn 35—38, sogar 42 ₰. Wo bleiben da die großen Städte?"

Speyer. Der Streik der Feilenhauer dauert unverändert fort. Der Firma ist es gelungen, einen Feilenhauer zu bekommen. Obwohl in den Blättern ausgeschrieben war, daß der Betrieb wieder flott im Gange sei, so muß dies doch

nicht der Wahrheit entsprechen, sonst würde Herr Kuprion nicht in allen Zeitungen Feilenhauer suchen, auch würde die Firma keinen Meister mehr eingestellt haben mit dem Bemerken, daß wenn seine jetzigen Arbeiter sich dem Streik anschlössen, er (K.) immer noch einen Mann im Geschäft hätte. Die Streikenden sind von dem besten Muth beseelt, sie haben die feste Zuversicht, es mit Herrn Kuprion & Co. aushalten zu können. Ueber einen in der „Pfälzischen Post" erschienenen Artikel hat sich die Redaktion von „Messer und Feile" gewaltig aufgeregt. Dieselbe schreibt, der Artikelschreiber der „Post" müßte noch keine Haumaschine haben arbeiten sehen, gibt aber selbst zu, daß wenn Maschinen, die noch nicht lange im Betriebe waren, als altes Eisen verkauft worden sind, dies an der Bedienung liege. Es muß also doch nicht so leicht sein, mit ungelernten Arbeitern brauchbare Arbeit zu liefern. — Was der Arbeitgeberverband bezweckt, verehrtes Unternehmerblatt, das wissen wir schon: Unterdrückung der Feilenarbeiter! Aber das wissen wir auch, daß die kleinen Meister von den großen Fabrikanten aufgesogen werden. — Alle Sendungen an Ed. Ochter, „Bayerischer Hof", Speyer.

Nordwestdeutscher Agitationsbezirk.

Als Vertrauensmann des Bezirks ist **H. Pallaske**, Bremerhaven, Am Hafen 105a, gewählt, als Beisitzer fungiren, Reicher, Pause, Escher und Starke.

Alle Sendungen an Pallaske.

Zur Beachtung!

Wir ersuchen die Delegirten der Konferenz für Hessen, Hessen-Nassau und Frankfurt a. M., die mit der Preußisch-Hessischen Staatsbahn fahren, in der Station „Neuhof" auszusteigen. Das Empfangskomitee.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29, Hamburg).

Bekanntmachung.

Der Beitritt von August Friedrich Müller, Nummer 90203, Metallschläger, geboren zu Fürth, ist verweigert. Der Beschluß des Vorstandes konnte ihm nicht zugestellt werden, weil er von Fürth in Bayern, wo er beigetreten, abgereist war. Wir ersuchen daher, im Falle M. sich in einer Filiale als zugereist angemeldet hat, oder noch anmeldet, demselben sein Mitgliedsbuch gegen Rückzahlung des Beitrittsgeldes und der etwa schon bezahlten Beiträge, abzunehmen, den Betrag als sonstige Ausgabe in Rechnung zu stellen und uns das Mitgliedsbuch einzusenden. Krankengeld darf in keinem Falle gezahlt werden, sollte aber schon etwas Krankengeld gezahlt sein, so muß dieses von dem zurück zu zahlenden Beitrage abgezogen werden. Mit Gruß

Hamburg, 1. Januar 1899. Der Vorstand,

Rundschau.

Schwere Strafe Dem, der Arbeitswillige an der Arbeit hindert! Zu Denjenigen, die von diesem Machtspruche betroffen würden, falls er rücksichtslose und unparteiische Anwendung fände, müßte auch der Stuttgarter Bahnhofinspektor Aichele gehören, so schreibt die „Schwäb. Tagwacht". Am 30. November erhielt ein Arbeiter, der fünfeinhalb Jahre auf dem Bahnhofe als Vorarbeiter beschäftigt war und einige Tage später ein anderer, der sieben Jahre lang im Dienste des Staates gestanden hatte, die Kündigung. Dem einen der Entlassenen, der bei der Generaldirektion vorstellig wurde, verrieth man den wahren Grund der Entlassung auch ganz offen. Die Eisenbahnverwaltung könne keine Leute brauchen, welche die „Tagwacht" lesen und Unzufriedenheit stiften und die Kameraden zum Beitritt zum Eisenbahnerverband auffordern. Derjenige, dem dieser Vorwurf gemacht wurde, gehört nicht einmal dem Eisenbahnerverband an. Der soll nun die Kameraden zum Eintritt in den Verband aufgefordert haben!

Dieser Fall zeigt wieder, daß auch kgl. württembergische Staatsbeamte auf das staatlich garantirte Koalitionsrecht pfeifen.

Erhöhung der Einfuhrzölle auf amerikanische Werkzeugfabrikate. Die vom Bund der Industriellen eingesetzte Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge hat an den Bundesrath eine dringliche Eingabe auf Abänderung der Einfuhrzölle für amerikanische Werkzeugfabrikate zu richten beschlossen. Solche Abänderungen sind natürlich Repressalien gegenüber den Vereinigten Staaten und werden kaum den gewollten Zweck erreichen; dagegen wird mit höherer Zollbelastung der Werkzeugfabrikate nur die deutsche Industrie selbst getroffen, die bisher auf die Einfuhr neuer Maschinen und Werkzeuge angewiesen war.

Gegen die Zuchthausvorlage haben die Berliner katholischen Arbeitervereine in einer Protestversammlung Stellung genommen in Gegenwart und unter Mitwirkung der Zentrumsabgeordneten Dr Hille und Schmidt-Marburg. Ersterer erklärte als Referent, daß den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern das gleiche Vereinigungsrecht gewährt werden müsse; das „Zuchthausgesetz" habe, falls es wirklich vorgelegt werden sollte, keine Aussicht, vom Zentrum angenommen zu werden. Es wurde dann folgende Resolution beschlossen:

„Die Versammlung erklärt sich gegen die in Aussicht gestellte Verschärfung von Strafen für sogenannte Streikvergehen. Insbesondere ist die Anwendung der entehrenden Zuchthausstrafe entschieden zurückzuweisen, weil dadurch die Gegensätze unter den Arbeitern verschärft und eines der wichtigsten Rechte des Volkes, die Koalitionsfreiheit bedeutungslos würde. Deshalb erwarteten die organisirten christlichen Arbeiter von allen Abgeordneten des deutschen Reichstages, welche auf dem Boden der christlich-sozialen Reform stehen, eine entschiedene Ablehnung jeder Beschränkung bestehender Rechte des arbeitenden Volkes."

Diese Resolution wird das Zentrum nicht hindern, mit der Regierung wie bisher Handelsgeschäfte zu betreiben.

Die Arbeiter können warten. Man schreibt uns: In der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopp & Co. wurde vorige Woche die Lohnzahlung willkürlich um einen Tag verschoben. Die Arbeiter richten sich nach der regelmäßigen Lohnzahlung ein; aber ohne jeden ersichtlichen Grund wird der Lohnzahltag verlegt! Warum? Die in der Fabrik bestehende Einrichtung, daß für 4 Tage der Arbeitslohn einbehalten wird, ist wohl ausreichend genug, sie braucht nicht noch auf 5 Tage ausgedehnt zu werden.

Der Deutsche Holzarbeiterverband veröffentlicht seine Abrechnung über das 2. Quartal 1898. Die Einnahmen betrugen ℳ 105,567,76, die Ausgaben ℳ 135,605,18. Mehrausgabe ℳ 30,037,42. Der Mitgliederstand war am Ende des Quartals 48,392, bis Ende des Jahres jedoch hat die Mitgliederzahl das 50. Tausend überschritten. Der Vorstand bemerkt zu der Abrechnung des 2. Quartals:

„Im zweiten Quartal zeigt die Abrechnung nicht den Zuwachs an Mitgliedern, der angesichts der vielen Lohnbewegungen und der Vorbereitungen zu solchen zu erwarten war. Wohl haben die Aufnahmen, wie im ersten Quaral, die Zahl von 9000 überstiegen, denen steht aber ein Abgang von beinahe 7000 Mitgliedern gegenüber. Dies zeigt, daß viele Kollegen den Indifferentismus vor der Lohnbewegung nur „scheinbar" abstreifen, um nach Beendigung des Kampfes sofort wieder das ruhige Plätzchen hinter'm Ofen aufzusuchen, statt in Kampfeslinie zu bleiben, um so das Errungene auch zu erhalten. Auch die Beitragsleistung ist im 2. Quartal gegenüber früher zurückgeblieben; es bleibt somit sowohl den Verwaltungen wie den Mitgliedern recht viel zu thun übrig, wenn größere Stabilität im Mitgliederstande und Pünktlichkeit in der Beitragsleistung erreicht werden soll."

In Krefeld brach vor den Feiertagen ein großer Streik der Stoffweber aus, der nach gegenseitiger Vereinbarung sein Ende fand; nur bei einer Firma wird noch gestreikt. Jetzt haben nun die Sammetfabrikanten eine einheitliche Lohnliste fertiggestellt, welche am 15. Januar in Kraft treten soll. Durch diese Lohnliste wird der Lohn nicht, wie die Arbeiter erwarteten, erhöht, sondern ganz wesentlich verkürzt, was in einer Versammlung des christlichen Textilarbeiterbandes konstatirt wurde. Eine derartige Regelung der Lohnverhältnisse kann selbstverständlich nicht die Arbeiter befriedigen und so haben die Personale mehrerer Sammetfabriken die Kündigung eingereicht. Gelingt es nicht, eine Einigung zu erzielen, dann werden bis zum 15. Januar ca. 2500 Weber wieder im Ausstand sich befinden. Der niederrheinische Verband christlicher Textilarbeiter faßte in einer zahlreich besuchten Versammlung folgenden Beschluß: 1) Sämmtliche Weber des nieverrheinischen Verbandes christlicher Textilarbeiter wünschen keinen Ausstand. 2) Sie können aber auch die neue Lohnliste, wie sie jetzt vorliegt, nicht annehmen. 3) Sämmtliche Weber beantragen, daß eine gemischte Kommission in der Sammetbranche, wie sie in der Stoffbranche schon besteht, gebildet wird, die eine Prüfung der neuen Lohnliste vornehmen soll. Dieser Beschluß geht an die städtische soziale Kommission und an die Fabrikanten.

In Hamburg fand am 2. Januar die konstituirende Versammlung zur Gründung einer Zwangsinnung für das Klempnerhandwerk und verwandte Handwerke (Dachdecker, Gas-, Wasserleitungs-Installateure und Metalldrücker) statt. Der Bezirk der Innung umfaßt die Stadt Hamburg und die Landherrenschaften der Geestlande, der Marschlande und Bergedorf, beitrittspflichtig sind alle Handwerker, die das Klempnerhandwerk und die diesem verwandten Handwerke als stehendes Gewerbe selbstständig betreiben. Als Obermeister wurde Herr C. A. Ackermann gewählt. — Die Gehilfen haben bekanntlich beschlossen, einen Gesellenausschuß für diese Innung zu wählen.

Technisches.

Eiserne Dübel schreibt die „Deutsche Schlosserzeitung", sollten zur Befestigung architektonischen Schmuckes niemals verwandt werden, statt dessen sind vielmehr solche von Bronze oder Messing zu nehmen und für ganz schwache Theile solche von Horn oder Knochen. Die Restauration am Dresdener Zwinger war zum Thdil dadurch eine recht schwierige, daß manche Theile durch den Rost der eisernen Dübel ganz weggefressen, weggefault und namentlich Figuren nur noch in einigen Ueberbleibseln vorhanden waren. Die Steinarbeiten oder einzelne Theile derselben, Hände, Füße, Köpfe, wurden bei der Restaurirung mittelst Bronzedüsen befestigt, und da, wo Zement in Anwendung kommen sollte, wie z. B. bei flachen Ornamenten oder Gewandtheilen, wurde zunächst starker Messingdraht, mit Haken versehen, an dem Stein befestigt und alsdann der Zement darüber modellirt. Nach dem Trocknen wird durch Klopfen probirt, ob sich der Zement mit dem Stein fest verbunden hat, scheint dies nicht der Fall zu sein, so wird er wieder losgeschlagen und durch neuen ersetzt. Nach ungefähr einem Jahre, nachdem alle Salze aus dem Zement ausgeschieden sind, werden die restaurirten Theile mit Oelfarbe bestrichen. Bis jetzt und zwar seit etwa zwanzig Jahren hat sich diese Methode bewährt.

Das Schmelzen von Kupferabfällen. Vielfach herrscht die Ansicht vor, daß man Kupferabfälle, Feil- und Drehspäne 2c. ohne Weiteres wieder zu zähem schmiedbarem Kupfer zusammenschmelzen könne. Diese Ansicht ist irrig, das erhaltene Schmelzprodukt ist hart und brüchig. Um nun beim Einschmelzen von Kupferabfällen ein zähes Produkt zu erhalten, muß man die Abfälle in einem Siemens-Martinofen niederschmelzen, und bedient sich dabei guter westfälischer Fettkohle. Die Güte der Schmelzung prüft man durch Oxydationsproben. Sobald man durch sie festgestellt hat, daß die Schmelzung den richtigen Grad erreicht hat, wird das Metall mit Birkenstangen so lange gepohlt (herumgerührt), bis es anfängt, feinkörnig zu werden. Die „Werkmeisterzeitung" berichtet hierzu weiter, daß man auch während dieser Prozedur von 5 zu 5 Minuten immer Proben entnehmen muß, bis der angegebene Körnungsgrad erlangt ist. Sobald dieser Zeitpunkt eintritt, wird die Schlacke entfernt, das Metall mit einer Holzkohlenschicht zugedeckt und nochmals gut heiß gemacht. Während man den vorgeschilderten Prozeß in der Fachsprache mit „Dichtpohlen" bezeichnet, hat nun das sog. „Zähpohlen" zu erfolgen, und zwar so lange, bis das Kupfer ganz feinkörnig ist. Glaubt man auch diesen Grad erreicht zu haben, so hat man sich durch eine Schmiedeprobe von der Zähigkeit des Kupfers zu überzeugen, indem man sie rothglühend möglichst dünn ausschmiedet. Zeigt die Probe beim Schmieden keine Risse, so kann mit dem Ausschöpfen und Gießen des Kupfers in die dafür bestimmten Formen begonnen werden. Sobald das Kupfer überpohlt ist, nimmt es Pohlgase auf und zerbricht wie Eisen. Als Zusatz ist ⅚ Prozent Blei zu empfehlen.

Ersatz der großen Fabrikschornsteine durch Ventilatoren. Wohl Niemand wird bestreiten können, daß ein Wald von in die Lüfte ragenden Fabrikschornsteinen das Landschafts- oder Stadtbild sehr beeinträchtigt. Abgesehen davon verursacht die Aufführung eines solchen Kolosses bedeutende Ausgaben und man muß es daher mit Freuden begrüßen, wenn sich Jemand findet, der diese Schlote durch ein anderes, weniger theures und die Landschaft weniger verunstaltendes Mittel ersetzt. — Mr. Walter Snow, ein englischer Ingenieur, hat kürzlich über diesen Gegenstand interessante Untersuchungen gemacht, welche die Anordnung hoher Schlote völlig überflüssig erscheinen lassen. In einer Fabrik, die 16 Kessel von 200 Pferdekräften in Feuer hielt und deren Gase durch einen mächtigen Schornstein, der 136,000 ℳ gekostet hatte, evakuirt wurden, hat Mr. Snow einen Ventilator aufgestellt, der durch den von einem der Kessel gelieferten Dampf bethätigt wurde und der etwa 25,000 ℳ kostete. Mit Hilfe dieses Ventilators war es nun möglich, mit 14 Kesseln dieselbe Triebkraft zu erlangen, zu deren Erzeugung unter Anwendung des Schornsteins 16 Kessel nothwendig gewesen waren. Es wurde konstatirt, daß durch diesen Ventilator die Luft in innigere Verbindung mit dem Brennstoff kam und dieser somit besser ausgenutzt wurde und mehr verfügbare Kraft lieferte. Es steht zu erwarten, daß die Versuche weiter fortgesetzt werden. — Diese Mittheilung eines Fachblattes klingt uns etwas zu reklamenhaft.

Vermischtes.

Im Postverkehr sind am 1. Januar eine Reihe Veränderungen in Kraft getreten, deren allerwichtigste wir kurz wiedergeben. Postanweisungen bis zu 5 ℳ kosten 10 ₰. Der Meistbetrag derselben wie der Nachnahmen wird auf 800 ℳ erhöht. Von 400—600 ℳ kosten Anweisungen 50 ₰, darüber 60 ₰. Das Meistgewicht der Waarenproben wird von 250 auf 350 Gramm erhöht. Bis 250 Gramm einschließlich kosten sie 10 ₰, darüber 20 ₰. Als einzelne Drucksachen können jetzt auch hektographische Abzüge verschickt werden. Auf Visitenkarten können bis zu fünf Worten handschriftlich bei Glückwünschungen, Danksagungen, Beileidsbezeugungen und anderen Höflichkeitsformeln beigefügt werden, auch wenn sie als Drucksache befördert werden. Bei allen gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten, Drucksachen und Waarenproben sind auf der Außenseite außer dem Namen des Absenders und dessen Adresse auch weitere Angaben zulässig, die nicht die Eigenschaft einer brieflichen Mittheilung haben, ebenso Abbildungen, soweit sie in keiner Weise die Deutlichkeit der Adresse, die Anbringung der Stempelabdrücke in die postdienstlichen Vermerke beeinträchtigen.

Handkrankheiten in Fabriken für emaillirte Blechwaaren. In einer Fabrik für emaillrte Blechwaaren hatten sich mehrfach Erkrankungen an den Händen solcher Arbeiter und Arbeiterinnen gezeigt, die mit dem Beizen und Scheuern des Emaillirgutes beschäftigt waren. Die Leute waren gezwungen, das Beizgut mit der Hand in die Beizflüssigkeit (verdünnte Salzsäure) zu legen. Die Verwendung von Gummihandschuhen führte auch zu keinem befriedigenden Ergebnisse. Jetzt wird das Beizgut an größere Rahmen gehängt und mit diesen Rahmen zusammen durch eine Winde in die Beizflüssigkeit und darauf in das Spülwasser eingetaucht. Seit dieser Anderung des Arbeitsvorganges ist keine Handkrankheit mehr vorgekommen.

Das Kaiserliche Patentamt hat neue Bestimmungen über die Anmeldung von Patenten, Gebrauchsmustern und Waarenzeichen erlassen. Wenn dieselben sich auch im wesentlichen den bisher gebräuchlich gewesenen anschließen, so sind doch auch verschiedene Aenderungen festgesetzt. Während für Patent-Zeichnungen bisher 3 Formate zulässig waren, soll das größte in Zukunft ausgeschlossen sein. Proben werden stets verlangt zu Anmeldungen, welche die Herstellung neuer chemischer Stoffe betreffen. Ausgenommen sind explosive und leicht entzündliche Stoffe. Für die Ausführung der Zeichnungen und Beschreibungen sind auch ganz bestimmte Vorschriften zu beachten. Schriftstücke, die mittels der Schreibmaschine hergestellt sind, sind zulässig, müssen aber deutliche Druckzeichen, zwischen den einzelnen Buchstaben, Worten und Zeilen einen angemessenen Zwischenraum aufweisen, sowie in dunkler Farbe ausgeführt sein. Bei Waarenzeichen-Anmeldung sind fernerhin zwölf Darstellungen des betreffenden Zeichens beizufügen, die in der Größe 33×25 Zentimeter nicht übersteigen dürfen.

Litterarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz Verlag) ist soeben das 15. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Eine historische Erinnerung. — Stanislaus Krusinskis Anschauungen vom sozialen Organismus. Von C. v. Kelles-Krauz. — Die Entlung der Kali-Industrie, das Kali-Syndikat und die Kali-Arbeiter. Von Karl Hakenholz. — Die wohlerworbenen Rechte unserer Grubenbesitzer. Von Otto Hue. — Notizen: Von der wirthschaftlichen Entwicklung und dem Steuersystem in Bayern. — Feuilleton: Eine soziale Dichterin. Von Johannes Gaulke.

Die Illustrirte Romanbibliothek **„In freien Stunden"** (in Wochenheften à 10 ₰) beginnt soeben mit Heft 1 den dritten Jahrgang mit dem spannenden Roman: **„Die Töchter des Hauses."** Jedes Heft bringt 24 Seiten Romantext mit Illustrationen und 2 Seiten Kleines Feuilleton (in Nr 1 eine Novellette: „Im Eisenbahnkoupee", und kulturhistorische und humoristische Notizen unter der Rubrik „Dies und Jenes" und „Witz und Scherz").

Wir machen unsere Leser auf diese billige und gute und von der Parteipresse bestens empfohlene Romanbibliothek aufmerksam.

Briefkasten.

Mehrere Einsendungen mußten wegen Mangel an Raum für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 14. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Tivoli". Abrechnung vom 4. Quartal. Anträge zur Generalversammlung.

Apolda. Sonnabend, 21. Jan., Abends 8 Uhr. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung.

Bernburg. Sonnabend, 21. Jan., im Verkehrslokal, Steinstraße 4.

Bochum. Sonntag, 15. Jan., Vormittags 10 Uhr, bei Förster, Moltkeplatz.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den **Norden** am Sonnabend, 14. Jan., bei Dicke, Ackerstraße 123. Für den **Süden** am Mittwoch, 18. Jan., bei Rautenberg, Oranienstr. 180.

Bremerhaven. Sonnabend, 14. Januar.

Darmstadt. Unsere Versammlungen finden jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Zentralherberge („Gold. Pfau") große Ochsengasse 15 statt.

Dessau. Sonnabend, 14. Jan., bei Eilenberg. Abrechnung. Berichterstattung von der Konferenz. Anträge zur Generalversammlung. Stiftungsfest.

Eisenach. Unsere Versammlung für den 13. Januar fällt aus. — Unser Stiftungsfest findet an diesem Tage nicht im „Tivoli" sondern in der „Elemda" statt. Der Wirth des „Tivoli" hat uns den Saal verweigert.

Eisenach. Freitag, 20. Jan., Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung.

Finsterwalde. Sonntag, 22. Jan., Nachm. 3 Uhr, im „Deutschen Hause". Die Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Referent: Kollege Massatsch-Berlin.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler und Installateure.) Samstag, 14. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Stein, große Eschenheimerstr. 23. Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Frankenthal. Samstag, 14. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33. Die geplante Arbeitslosenunterstützung. Ref.: Schöb. Anträge zur Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal. — Es wird nochmals ersucht, die der Bibliothek entliehenen Bücher der Uebergabe halber abzuliefern.

Görlitz. Montag, 16. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Felsenkeller", Sonnenstraße. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung.

Hamburg. (Allg. Verw.) Branchenversammlungen: der Schosser: Dienstag, 17. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei E. Hilmer, Gänsemarkt 35. — Gelbgießer, Gürtler: Mittwoch, 18. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei von Salzen, Kassamacherreihe 6—7. — Distrikt Eilbeck: Dienstag, 17. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Friedmann, Wandsbecker Chaussee 128. — Distrikt Barmbeck: Mittwoch, 18. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei A. Fiedler, Ecke Bachstraße und Schützenhof. — Distrikt Eimsbüttel: Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Henkel, Bellealiance- und Vereinsstraße. — Distrikt Horn: Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Wuhs, Hornerlandstraße.

Hamburg. (Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer.) Dinstag, 17. Jan., bei Hilmer.

Heiligenhaus. Sonntag, 15. Jan., Nachmittags 5 Uhr, bei Friedr. Klemm. Abrechnung von 4. Quartal 1898.

Karlsruhe. (Sektion der Bauschlosser.) Montag, 16. Januar, Abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna". Wahl des Delegirten zur Generalversammlung.

Kiel. (Allgem.) Am 18. Jan., Abends 8 Uhr, bei Ahrens. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung. Abrechnung. Bericht von der Provinzialkonferenz in Neumünster.

Lollar. Dinstag, 17. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Weinrich. Abrechnung vom 4. Quartal. Bericht der Delegirten über die Mainzer Konferenz.

Luckenwalde. Montag, 16. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Otto Schulz, Beelitzerstr. 34. Neuwahl der Ortsbeamten.

München, 18. Wahlabtheilung (Feilenhauer, Former, Metallgießer, Spengler, Zinngießer). Sonntag, 15. Jan., Vorm. 10 Uhr, im „Colosseum" (1. Stock). Anträge zur Generalversammlung. Bekanntgabe der vorgeschlagenen Kandidaten.

München. (Sektion der Schlosser.) Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, im „Heimgarten", Lueg ins Landstraße. Quartalsabrechnung. Bericht von der südbayerischen Konferenz.

Neumarkt i. O. Sonntag, 15. Jan., Vorm. 10 Uhr, im Lokale. Von da ab alle 14 Tage Sonntag Vormittags 10 Uhr.

Nürnberg. (Allg.) Samstag, 21. Jan., im Café Merk, Prechtelsgasse. Vortrag des Gen. Wiener über Nansens Nordpol-Expedition. — Sonntag, 5. Febr., Wahl der Delegirten zur Generalversammlung in Halle a. S.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Jammerthal", Schildgasse 4. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung nach Halle a. S. — Alle An- und Abmeldungen sind bei dem Bevollmächtigten Joh. Behringer, Tullnau 341, 1. Stock, zu machen.

Nürnberg. (Sektion der Schleifer, Polirer 2c.) Samstag, 21. Jan., Abends 8 Uhr, im „Mörser". Delegirtenwahl zur Generalversammlung.

Prinz. Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr. Wahl eines Delegirten zur Generalversammlung.

Rathenow. Branchenversammlungen: der Schlosser und Maschinenbauer am 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Schulz, Jägerstr. 25; der Etuisarbeiter: am 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei F. Rehfeld, Jägerstr. 14.

Regensburg. Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, im „Goldenen Ritter." Abrechnung vom 4. Quartal. Berichterstattung von der südbayerischen Metallarbeiter-Konferenz.

Reglau. Sonnabend, 21. Jan., Abends 8 Uhr, bei Schreiber, Feldstraße.

Schramberg. Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, im „Rüple".

Schwäb.-Gmünd. Sonntag, 15. Jan., Nachmittags 3 Uhr, im „Löwen". Delegirtenwahl zur Landeskonferenz.

Stettin (Bezirk I). Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Dittmer, Breitestr. 11.

Stuttgart. (Sektion der Gürtler, Metallschleifer.) Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, bei Eger. Vortrag. Wahl des Delegirten zur Generalversammlung.

Torgelow. Sonntag, 22. Jan. Näheres durch Handzettel.

Velbert. Samstag, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, bei Wittwe Kotterheidt, Neustr. 26. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung.

Weimar. Sonnabend, 14. Jan., Quartalsabrechnung. Delegirtenwahl zur Generalversammlung.

Wismar. Sonnabend, 21. Jan., Abends halb 9 Uhr, im Verbandslokal zur „Hansa".

Wunsiedel. Sonntag, 15. Jan., Nachm. 3 Uhr, im Restaurant Porsch.

Würzburg. Samstag, 14. Jan., Abends 8 Uhr, bei Bullinger. Abeitslosenunterstützung. — Vom 14. Januar ab finden die Versammlungen alle 14 Tage statt, an den übrigen Samstagen werden Beiträge im unteren Lokale entgegen genommen sowie Neuaufnahmen vollzogen.

Zittau. Sonnabend, 14. Jan., Abends halb 9 Uhr, Zahlabend bei Hermanns. Wahl eines Bevollmächtigten.

Bamberg. Das Mitgliedsbuch Nummer 186620 des Schlossers Baptist Eimwag von Zapfendorf ist in Bamberg bei einem Einbruch gestohlen worden. Dasselbe ist aufzuhalten und an den Kassier Jakob Rick, Bamberg, ob. Königstraße 36, einzusenden.

Berlin. Sonntag, 15. und Sonntag, 29. Jan., je eine Uraniavorstellung. Karten à 70 ₰ im Bureau, Annenstr. 39, erhältlich; sämmtliche Kassirer nehmen Bestellungen entgegen Ebenso sind noch Billets zur Sternwarte in Treptow zum Preis von 75 ₰ erhältlich. Die Besichtigung kann an jedem beliebigen Tag erfolgen.

Berlin. Den **Charlottenburger** Mitgliedern zur Kenntniß, daß vom 7. Januar ab die Zeitungskolportage eingestellt wird. Die Mitglieder sind von diesem Tage an gehalten, ihre Zeitung von einer der nachstehenden Zahlstellen selbst abzuholen:

Pasche, Potsdamerstr. 44,
Leder, Bismarckstr. 74,
Homüth, Krummestr. 41,
Prestel, Kepler- u. Osnabrückerstr.-Ecke.

Ebendaselbst sind auch die Beiträge zu entrichten.

Bielefeld. Die Reiseunterstützung wird hier täglich von 6—7 Uhr Nachmittags bei Wirth R. Kahl am Kaiser Wilhelmsplatz ausbezahlt. Daselbst befindet sich auch jetzt der Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter für Bielefeld, Herford, Osnabrück, Bramsche, Brakwede und Schloßholte.

Breslau. Die Auszahlung der Reiseunterstützung erfolgt von 12—1 Uhr Mittags und von 6½—7½ Uhr Abends bei Osw. Lissel, Brandenburgerstr. 20, Sth. I.

Dresden. An die Einzelmitglieder von **Dresden-Alt- und Neustadt, Mikten, Kaditz, Hebigau, Radebeul, Kötitz, Plauen, Löbtau, Naußlitz, Cotta usw.** (Zahlstelle Dresden). Es sind von jetzt ab alle Korrespondenzen, Auskünfte, Beschwerden nur bei dem Bevollmächtigten J. Hoffmann, Wettinerstraße 39, IV, anzubringen. Sprechzeit an allen Wochentagen Vormittags von 11 bis 1½ Uhr und Nachmittags von 4—7 Uhr. Die Reiseunterstützung wird an Wochentagen von 7—8 Uhr Abends und Sonntags von 10—11 Uhr Früh im „Gasthaus zur Bägerburg", Flemmingstr. 15, ausgezahlt. Der Arbeitsnachweis der Klempner verbleibt dort. Geschäftsstunden: Wochentags von 7—8 Uhr Abends und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags. Die Zahlstellen bei Balten, Freiberger Platz, und Gottlöber, Schönbrunnstraße, bleiben bestehen und werden jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Abends Beiträge entgegengenommen. Alle Beitragssammler nehmen Neuanmeldungen entgegen.

Ferner machen wir die Mitglieder auf unseren am 8. Februar stattfindenden Familienabend im „Trianon" aufmerksam, bestehend in humoristischen Vorträgen, ausgeführt von den rühmlichst bekannten Oskar Junghähnelschen Sängern, und Ball. Karten nur für Mitglieder und deren Angehörige sind zu entnehmen jetzt schon à Stück 40 ₰ beim Bevollmächtigten J. Hoffmann, Wettinerstr. 39, IV, bei M. Haak, Stiftstr. 10, in den Zahlstellen bei Balten und Gottlöber, sowie bei sämmtlichen Beitragssammlern. Anfang 8 Uhr. Ende 3 Uhr.

Hamburg. (Werftarbeiter.) Sonnabend, 21. Jan., in Türge's Etablissement, Valentinskamp, Winter-Vergnügen mit humoristischen und Gesangsvorträgen, sowie Tombola unter Mitwirkung der Liedertafel „Metall" und des Theaterklubs „Lustige Sieben". Präzise 12 Uhr Kappen-Polonnaise. Preis der Karte 30 ₰, Damen frei.

Hörde. Adressen: Wilhelm Schmidt, Bevollmächtigter, Bruchstr. 3, Karl Behrensmeier, Kassier, Markt 6. Verbandslokal: Michel Maier, Chausseestraße.

Hörde. Der Klempner H. Fuhrwerk, geb. 31. März 1851 zu Minden, wird gebeten, seine Adresse und 20 ₰ in Briefmarken einzusenden, damit ich ihm sein Buch zuschicken kann. Karl Behrensmeier, Hörde, Markt 6.

Kiel. (Feilenhauer.) Umschauen streng verboten. Extrageschenk bei Joh. Fertner, Jungmannstr. 5, I, Mittags von 12¼—1¼ Uhr, Abends von 6½—7½ Uhr. Verbandsmitglieder erhalten 1 ℳ, Nichtverbandsmitglieder 50 ₰. Jeder Kollege ist verpflichtet, sich streng an den Arbeitsnachweis Hamburg zu halten. Bei Zuwiderhandlungen wird das Extrageschenk entzogen.

Köthen. Adresse des Vertrauensmannes: Alfred Paul, Dreher, Köthen, Franzstr. 15a.

München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Infolge Brandunglücks befindet sich das Verkehrslokal vorläufig im Restaurant Königsbauer, Müllerstraße. Der Arbeitsnachweis bleibt im „Orpheum". Die Bibliothekbücher sind Samstags im Königsbauer abzuliefern. Allen Kollegen, die sich an den Rettungsarbeiten beim Brand betheiligt haben, hauptsächlich den Kollegen Kammerer, Fischer, Rich. und Kegerbauer für ihre aufopfernde Thätigkeit unsern bester Dank. — Adresse des Bevollmächtigten: Hans Ischinger Lothringerstr. 26, III.

Pößneck i. Th. Sonntag, 15. Jan., Abends 7 Uhr, im „Vereinsgarten" 7. Stiftungsfest.

Prösen. Der Former Emil Ebert in Nauwalda hat das Amt als Kassirer für die Ortschaften Nauwalda, Saathain und Masdorf übernommen und werden die betreffenden Mitglieder gebeten, ihre Beiträge vom 1. Januar d. Jrs. ab an diesen zu entrichten.

Rathenow. Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet jetzt auch hier statt und zwar beim Bevollmächtigten Otto Nieleböck, Nauenerstr. 10, IV, Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—8 Uhr statt.

Redwitz. Die Redwitzer Kollegen werden ersucht, sich am 22. Jan., Nachm. 2 Uhr, im „Deutschen Haus" einzufinden, damit ihnen die von der Verwaltungsstelle Wunsiedel ausgestellten Mitgliedsbücher übergeben werden können.

Weimar. Adresse des Bevollmächtigten: Walther Faber, Rollplatz 6; des Kassiers: Hermann Arnold, Erfurterstr. 17. Herberge und Reisegeld in Tonndorfs Restaurant, kl. Teichgasse. Bücher aus der Gewerkschaftsbibliothek sind bei Schuhmacher Dietz, Breitestr. 26, zu entnehmen.

Gestorben.

In Hamburg der Werftarbeiter Wilhelm Radbas, 48 Jahre alt. — In Altenburg am 13. Dezbr. der Klempner Heinrich John, 54 Jahre alt, an Schwindsucht.

Oeffentliche Versammlungen.

Bochum. Samstag, 21. Jan., Abds. 8 Uhr, bei Förster, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag des Kollegen Schlicke-Stuttgart über: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Dresden und Umgebung. Sonntag, 15. Januar, öffentliche Versammlung in Leiperts Gasthof, Pieschen, Torgauerstraße. Welche Bedeutung haben heute die Gewerkschaften und was bietet der Deutsche Metallarbeiter-Verband? Referent: Kollege Schleußel-Berlin.

Sonntag, 22. Jan., öffentliche Versammlung im „Trianon". Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosenunterstützung. Referent: Reichstagsabgeordneter Martin Segitz-Nürnberg. Die diesjährige Landeskonferenz in Leipzig. Wahl von Delegirten.

Wiesbaden. Montag, 16. Jan., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag des Verbandssekretärs Reichel.

Privat-Anzeigen.

Herr Albert **Schubiger,** Mechaniker aus Uznach (St Gallen), wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen den Allg. Arbeiterverein Altstätten (Kanton St. Gallen) bezüglich Sammellisten nachzukommen.

Der Schlosser H. **Nielsen,** geb. 20. Oktober 1879 zu. Kassel, wird gebeten, so schnell als möglich seine Adresse an seine Tante zu senden wegen Krankheit seiner Mutter.

Kollegen, die ihn kennen, werden ersucht, ihm dieses mitzutheilen. [9

Zur Leitung einer Metallwaarenfabrikation wird ein fähiger Mechaniker als **erster Werkmeister** gesucht, der im Bau von Werkzeugen, Vorrichtungen, namentlich Zügen, Stanzen u. Schnitten große Erfahrung hat und dieselben ganz selbstständig bauen kann. Bei entsprechenden Leistungen wird **hoher Gehalt** und dauernde Stellung zugesichert. Solche, die eine ähnliche Stellung oder selbstständig eine eigene mechanische Werkstatt gehabt haben, werden bevorzugt. Ausführliche Offerten mit Altersangabe, Gehalts-Ansprüchen, bisherige Thätigkeit (möglichst mit Photographie) an Rudolf Mosse, Dresden, u. **D. W. 948** erbeten. [8

Verkehrslokal, Herberge und **Arbeitsnachweis** für **Schmiede** und verwandte Gewerbe in Berlin bei
6] **H. Hahn,** Stralauerstr. 48.

Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [8

Quittungsmarken,
Rabattmarken,
Kautschukstempel,
sowie alle **Druckarbeiten** in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth
Konrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig.
[5

Dritte, veränderte Auflage!
Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.
(Auch Tourenbuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reisetouren 1 Eisenbahn- und 2 Strassenkarten. Gebunden Mk. 1.50. Zu beziehen durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur J. Scherm in Nürnberg. — Druck und Verlagsexpedition Wörlein & Comp. in Nürnberg.